

Die „Vollmacht“  
erschint täglich Nachmittags um  
Sonntag und ist durch die  
Expedition, Neue Grauburger 47,  
durch die Post und  
durch Kollektoren zu beziehen.  
Preis vierteljährlich Mfr. 2,50,  
pro Woche 50 Pf.  
Verlagsanstalt Nr. 517a.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Polizeiangelegenheiten  
beruhen für die polnische  
Grenzgebiete über dem Rhein  
auf dem Grenzgebiet für Grenz- und  
Grenzschutzangelegenheiten  
10. Strafsache.

Telephon  
Nr. 1206.

## Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Nr. 1206.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 94.

Freitag, den 23. April 1904.

15. Jahrgang.

### Alle Räder stehen still!

Die Verhandlungen zwischen den Streikenden und der Eisenbahnverwaltung sind gescheitert. Die ungarische Regierung hofft, mit Hilfe von Militär, Eisenbahnregiment und Streikbrechern einen teilweisen Verkehr wieder herstellen zu können. Indessen nimmt die Verwirrung im Lande und die Lebensmittelnot in den Städten zu. Die Streikenden haben folgende Forderungen aufgestellt:

1. Die Genehmigung der sämtlichen bisher eingereichten Memoranden der Eisenbahnangestellten. (Erhöhung des Gehaltes betreffend).
2. Die Schaffung eines Dienstreglements, durch welches alle Rechte und Pflichten geregelt werden.
3. Die Erlaubnis zur Bildung eines Landesverbandes der Eisenbahnangestellten.
4. Infolge des Streiks darf niemand eine Strafe erleiden.
5. Schließlich sollen alle diese Forderungen gesetzlich geregelt werden.

Im Abgeordnetenhause erörterte Ministerpräsident Graf Tisza die durch den Ausstand der Eisenbahnangestellten verursachte Lage.

Ministerpräsident Graf Tisza erklärte hinsichtlich der Wiederherstellung des gestörten Eisenbahnverkehrs, daß gestern zwei und heute ein Zug abgegangen sei, welcher militärische Bedeckung erhalten, und eine große Anzahl dienstwilliger Bahnbeamten transportiert habe, die gegen eventuelle ungarische Ausständler geschützt werden sollten. Heute sei bereits ein Personenzug nach Wien abgegangen und Nachmittags werde wahrscheinlich auch der ordentliche Schnellzug nach Wien und ein Personenzug nach Klausenburg abgehen.

Nach den eingelaufenen Nachrichten warte die überwiegende Menge der Bahnbeamten auf der Station, um den Dienst wieder aufzunehmen. Gleichzeitig sei von ihnen das Geldlohn geleistet worden, den Dienst getreulich zu erfüllen. Morgen Abend werden auf sämtlichen Hauptlinien Pionierszüge abgelassen werden, worauf 12 Stunden später ein Personenzug abgehen wird. (Weilfall rechts.) Graf Tisza erklärte bezüglich der Unterhandlungen mit den Eisenbahnbeamten, daß eine allgemeine Amnestie und Freilassung der Versammlung zugelassen worden sei, um über die Angelegenheit der Gehaltsregulierung zu beraten. Da augenblicklich auf dieser Grundlage verhandelt wird, ersucht der Ministerpräsident, ohne die Freiheit der Debatte einzuschränken, Neuzugänge zu unterlassen, die den Erfolg der Verhandlungen beeinträchtigen können. (Weilfall rechts.)

### Die Wirkung des Streiks.

Die Wirkung des Eisenbahnstreiks in der Hauptstadt und im ganzen Lande läßt sich kaum beschreiben. Trotdem der Ausbruch der Bewegung schon seit einiger Zeit seine Schatten vorauswarf, war doch niemand auf eine so plötzliche allgemeine Einstellung des Verkehrs gefaßt. Tatsächlich sind Regierung, Behörden und Publikum von dem Streikausbruch überrascht worden. Wenn die Unterbindung des Verkehrs nur einige Zeit andauern sollte, so sieht Budapest einer noch nie dagewesenen Lebensmittelknappheit entgegen. Was an Zufahren unterwegs war, liegt auf den verschiedenen Stationen und ist dort dem Verderben preisgegeben. Die hauptsächlichsten Behörden haben schon die Bauern der umliegenden Dörfer aufgefordert, ihre Marktwaren per Achse nach der Hauptstadt zu bringen.

### Mein Onkel Benjamin.

Sozialroman von Claude Tillier.  
Deutsch von S. Denhardt.

11]

Es ist eine allgemeine und ganz ausnahmslose Regel, daß der Mensch irgend etwas liebt. Der Dragoner, der keine Waidweib hat, liebt sein Pferd; das junge Mädchen, das keinen Geliebten hat, liebt seinen Vogel; der Gefangene, der seinen Kerkermeister flüchtig nicht lieben kann, liebt die Spinne, die an der Fensterröhre seines Gefängnisses ihr Netz spinnt, oder die Fliege, die im Sonnenstrahl zu ihm hinabfliegt. Finden wir nichts Lebendiges, woran sich unsere Aufmerksamkeit klammern kann, so lieben wir die rohe Materie, einen Ring, eine Dose, einen Baum, eine Blume. Der Holländer schwärmt für seine Tulpen, und der Altertumskenner für seine Vasen.

In diesem Augenblicke trat Manettens Mann mit einem Kase in seinem Sack ein.

„Machecourt“, sagte Benjamin, „es ist gerade Mittag, die richtige Eßstunde; wenn wir diesen Kase zum Mittagbrot bestellen?“

„Es ist Zeit zum Aufbruch“, sagte Machecourt, „und wir müssen bei Herrn Minzitz speisen.“

„Und Sie, Sergeant? Wie wäre es, wenn wir diesen Kase verspeisten?“

„Ich“, versetzte der Sergeant, „habe es mit meiner Ankunft nicht eilig, da ich stets nur anderswohin gehe, finde ich jeden Abend meine Lagerstätte.“

„Sehr gut gesprochen! Und was hat der achtungswerte Pudel in dieser Hinsicht für eine Meinung?“

Der Pudel blinzelte Benjamin an und wedelte zwei- oder dreimal mit dem Schwanz.

„Gut, wer nicht antwortet, stimmt bei; also sind wir unserer drei gegen Dich, Machecourt, und Du mußt Dich der Ansicht der Majorität unterwerfen. Die Majorität, siehst Du, mein Freund, ist stärker als alle Welt. Setz dich zehn Philosophen auf eine Seite und elf Schwachköpfe auf die andere, so werden die Schwachköpfe den Sieg davontragen.“

„Der Kase ist in der Tat sehr schön“, sagte mein Großvater, „und wenn Manette ein wenig frischen Speck hat, kann sie uns daraus ein vortreffliches Essen bereiten. Aber zum Teufel, meine Ausfertigung! Ich werde wohl den Dienst des Königs verrichten müssen.“

„Laß nicht außer acht“, entgegnete Benjamin, „daß mir unstreitig jemand von dem Arm bieten müssen, um mich nach Clamecy zurück zu begleiten; wenn Du Dich von dieser frommen

Auf den Bahnhöfen kam es heute wiederholt zu heftigen Aufritten, da sich das Publikum gar nicht in den Gedanken hineinfinden konnte, es gäbe keine Möglichkeit der Abreise. Im großen und ganzen ist aber die Sympathie der Bevölkerung auf Seite der Streikenden. Man verurteilt in erster Reihe das Vorgehen der Regierung, welche den Eisenbahnerstreik verbot und dadurch den Ausbruch des Streiks heraufbeschworen hat. Noch schärfer wird die Ansicht der Regierung verurteilt, auf dem bisherigen Standpunkt zu beharren und den Eisenbahnern gegenüber keine Nachgiebigkeit zu zeigen. Auch die Befugnis macht sich geltend, daß es im Falle eines gewalttätigen Vorgehens gegen die Streikenden zu ersten Verwaltungen kommen kann. In erster Reihe wird es als Gewalttätigkeit bezeichnet, daß die angekommenen Eisenbahner verhaftet wurden, noch dazu unter militärischer Eskorte in das Schloß der Polizei gebracht wurden. Längs des ganzen Weges, den der seltsame Zug zurücklegte, konnte man in der Bevölkerung abfällige Urteile sonder Zahl vernehmen.

### In der Provinz.

Nach Nachrichten aus der Provinz ist der Streik an allen Orten ausgebrochen. Der Wiener Nachtzug wurde zwar von Marchegg bis Preßburg gebracht; hier aber verweigerten die Eisenbahner den Dienst, so daß die Reisenden in Preßburg aussteigen und dort übernachten mußten. Der Preßburger Bahnhof ist voll von Leuten, welche die Ereignisse abwarten. In Arab haben sämtliche Unterbeamten und das gesamte Dienstpersonal heute Morgen die Bahnhöfe verlassen; der Verkehr ruht vollständig, die Kartenausgabe ist eingestellt. In Komorn wurde gleichfalls früh der Eisenbahnverkehr eingestellt; das Zugbegleitungspersonal und die Lokomotivführer weigerten sich, weiter zu fahren. Der Belaraber Zug mußte in Semlin stehen bleiben; kein Zugführer will ihn begleiten. Der Morgensternzug aus Fiume wurde auf der Strecke zurückgehalten, weil in Agram der Streik bereits ausbrochen ist; der Personenzug wurde nicht mehr abgelassen; der Verkehr ist eingestellt. Gleiche Mitteilungen kamen aus Temesvar und Klausenburg; auf der Strecke Gyegedin—Trod ruht der Verkehr gänzlich.

### Polizei und Militär.

Die Strecke von Budapest bis Waigen ist von Polizei, Gendarmerie und Militär besetzt. Am stärksten ist die Bewachung beim Kaiser Rainerbahnhof, wo zwei Bataillone Infanterie aufgestellt sind. Ferner sind auf der Station Palota-Ufalu sowie Rados-Palota je ein Bataillon aufgestellt.

Das Hauptlager der Streikenden befindet sich in der großen Verhale in Juglo. Das Streiklager ist von Militär und Polizei zerniert.

Reisen mit dem Fiume-Agramer Zuge um 1/11 Uhr Vormittags eingetroffenen 450 Agramer Eisenbahnunterbeamten kamen ungefähr 100, die bei der Station Budapest ausgezogen waren, mit der elektrischen Bahn nach Budapest. Die anderen 350 hingegen besaßen den Totaldampfer und fuhren auf diesem nach Budapest. Von der Ankunft wurde die Polizei avisiert, die sich in großer Zahl zum Landungsplatz begab.

Noch bevor das Schiff Anker warf, bezog sich Detektivchef Prectant auf dieses und fragte die Anwesenden, ob sie Eisenbahner seien. Auf die bejahende Antwort erklärte er, daß die Verhaftung derselben angeordnet wurde, da sie gegen das Verbot ihrer vorgesetzten Behörde nach Budapest gekommen seien. Als das Schiff sodann

anlegte, betreten 80 Polizisten das Verbot und die Eisenbahner wurden in drei Gruppen in das Gebäude der Oberstadthauptmannschaft eskortiert, wo sie vorläufig in den Wachstuben interniert wurden.

Unter den Streikenden hat die Nachricht von der Verhaftung ihrer Kollegen große Aufregung hervorgerufen.

### Der Schaden.

Für den ungarischen Staatsfiskus wird der Einnahmeausfall ganz bedeutend sein.

Der Verkehr auf dem Gesamtnetz der ungarischen Staatsbahnen betrug im Jahre 1902, für welches der Bericht vorliegt, 36,58 Millionen Reisende und 25,76 Millionen Tonnen Güter. Auf einem Tag entfällt somit ein durchschnittlicher Verkehr von 158,000 Reisenden und 71,000 Tonnen Güter. Jeder Tag Verkehrsunterbrechung bedeutet für die ungarischen Staatsbahnen einen Verkehrsabsatz in dieser Höhe und einen Einnahmeentgang von mehr als einer halben Million Kronen. Natürlich trifft der Streik auch die österreichischen Anschlussbahnen und die Nordbahn und die österreichische Staatsbahn haben den Personen- und den Güterverkehr nach und von Ungarn eingestellt. Desgleichen ruht der ganze Verkehr nach dem Balkan und nach Konstantinopel. Aber auch für die Versorgung von Wien macht sich der Streik bereits fühlbar. Auch hier leidet in erster Linie die Milch- und Geflügelzufuhr, sowie die Lieferung gewisser Gemüsesorten. Der Verkauf an Fleisch ist für mehrere Tage bedeckt.

### Die Organisation der Eisenbahner.

Von einem Kenner der Verhältnisse der ungarischen Eisenbahnangestellten wird der Berliner „Volkswacht“ geschrieben:

Die Organisation der Eisenbahner Ungarns ist durchaus nicht so beschaffen, wie man vielfach annimmt. Während man allgemein glauben sollte, daß die Ungarn ebenso fest zusammengefaßt seien, wie die Österreicher, ist das keineswegs der Fall. Die österreichische Organisation zählt 33,000 Mitglieder und hat höhere Beamte, Bahnhofsvorsteher, Assistenten usw. in ihren Reihen; die Ungarn dagegen wollen erst jetzt nach den notwendigen Vorbereitungen in den einzelnen Ortsgruppen den eigentlichen Eisenbahnerverband gründen. Erst vor kurzem haben sie in Berlin ein Musterstatut.

Geißelhaft wie die Magyaren sind, schon erregt durch die letzten Vorgänge, legten sie die Arbeit nieder. Es steht für einen Kenner der Verhältnisse außer Frage, daß nur ein ruhiges, besonnenes Vorgehen der Regierung den Ausbruch von Gewalttätigkeiten verhüten wird. Wie häufig die Eisenbahner gehandelt haben, geht daraus hervor, daß sie die Büge auf offener Straße stehen ließen.

Das Versammlungsverbot als solches kann die Ausständigen jetzt nicht mehr schwer treffen. Falls ihnen die Polizei den Zutritt zu einem Saal verweigert, dürfte sie eine Versammlung unter freiem Himmel kaum hindern können.

Fräglich ist, ob die Verwendung der Soldaten der Eisenbahn- und Telegraphenbataillone Abhilfe schaffen kann. In ganz Österreich-Ungarn verfügt die gemeintame Armee über etwa 3000 Mann zu diesem Zwecke. Diese dürfen nur zur Wahrung gemeinsamer Interessen beider Länder verwendet werden und zwar nur dann, wenn dem gemeinsamen Kriegsinstitut sowohl vom österreichischen Reichsrat, wie vom ungarischen Reichstag die Genehmigung erteilt ist. Ob hier eine Wahrung gemeinsamer Interessen vorliegt, ist die Frage. Die ungarische Landwehr, die Honvéds, haben keine Verbandsgruppen. Ungeübte Soldaten auf die Büge zu stellen, wird nicht ratsam sein. Auch wird wohl beobachtet werden müssen, ob der ungarische Soldat in diesem Falle zuverlässig ist, ob er nicht durch Verweigerung dieses Dienstes das Zeichen gibt, daß alle Ungarn zu gemeinsamen Kundgebungen für oder gegen die Streikenden aufrufen.

Von Berlin aus haben, als die Nachricht bekannt wurde, die Gewerkschaften, die Verkehrsarbeiter in ihren Reihen haben, Sympathiegramme nach Budapest geschickt.

Nicht losmachtest, würde ich Dich nicht mehr für meinen Schwager halten.“

Nun, da Machecourt große Stücke darauf hielt, Benjamins Schwager zu sein, so blieb er.

Als der Kase fertig war, setzte man sich wieder zu Tisch. Manettens Gericht war ein Meisterwerk; der Sergeant unterließ nicht es zu bewundern. Aber die Meisterwerke der Kochkunst sind vorübergehend; man läßt ihnen kaum Zeit kalt zu werden. Es gibt auf dem Gebiete der Kunst nur etwas, was man den futuristischen Leistungen vergleichen kann, nämlich die Leistung des Journalismus; und dabei ist doch noch ein Unterschied: ein Ragout läßt sich wieder warm machen, eine Schüssel mit fetter Leber kann einen ganzen Monat aushalten; ein Schinken kann seine Bewunderer wieder um sich sehen; aber ein Journalartikel hat nur den nächsten Tag. Man ist noch nicht am Ende, so hat man den Anfang schon veressen, und hat man ihn durchlaufen, so wirkt man ihn auf seinen Schreibtisch, wie man die Durstlöcher auf den Tisch wirft, sobald man gespeist hat.

Auch begreife ich nicht, daß sich ein Mensch, der einen literarischen Wert besitzt, dazu herbeiläßt, sein Talent bei den zumhulenden Arbeiten des Journalismus zu verlieren; wie er, der auf Pergament schreiben kann, sich dazu begibt, das Konzeptschreiben eines Journals zu beschreiben. Wahrscheinlich, es kann für ihn kein geringes Verzeißel sein, wenn er sieht, wie die Blätter, denen er seine Gedanken überlassen hat, geräuschlos mit jenen Tausenden von Blättern dahinsinken, die der umfangreiche Baum der Presse jeden Tag von seinen Zweigen schüttelt.

Inzwischen verstrich, während mein Onkel philosophierte, die Zeit auf der Schwarzwälderuhr mehr und mehr. Benjamin gewahrte erst, daß es Nacht war, als Manette ein brennendes Licht auf den Tisch setzte. Ohne die Bemerkungen Machecourts abzuwarten, der übrigens wenig fähig war, irgend etwas zu bemerken, erklärte er, daß es für einen Tag genug wäre und man nach Clamecy zurückkehren müßte.

Der Sergeant und mein Großvater gingen zuerst hinaus; Manette hielt meinen Onkel auf der Türschwelle fest.

„Hier ist sie, Herr Rathery!“ sagte sie zu ihm.

„Was ist das für ein Getreisel?“ fragte mein Onkel.

„Den August drei Fischen Wein und ein Sahnenkase; den 1. September mit Herrn Pape neun Flaschen und eine Schüssel Fische. Gott verzeihe mir, ich glaube, das ist eine Rechnung.“

„Ohne Zweifel“, versetzte Manette, „ich sehe wohl, daß es an der Zeit ist, uns gegenseitig zu berechnen, und hoffe, daß Sie mir die übrigen dieser Tage bringen werden.“

„Ich, Manette, habe Ihnen keine Rechnung anzustellen. Eine schöne Arbeit, an den weißen und runden Arm eines hübschen Fran, wie Sie sind, zu fählen!“

„Sie sagen das nur, um sich über mich lustig zu machen, Herr Rathery“, sagte Manette vor Freude ätzernd.

„Ich sage es, weil es wahr ist, weil ich es denke“, entgegnete mein Onkel. „Deine Rechnung, meine arme Manette, kommt nun leider in einem unseligen Augenblicke an; ich muß Dir erklären, daß ich gerade nicht einen Taler besitze. Aber nimm, da hast Du meine Uhr, Du wirst sie mir so lange aufbewahren, bis ich sie wieder von Dir einklösen kann. Sie ist sehr wertvoll, aber seit gestern geht sie nicht mehr.“

Manette brach in Tränen aus und zerriß die Rechnung. Mein Onkel lächelte sie auf die Wange, auf die Stirn, auf die Augen, überall, wo er nur antommen konnte.

„Benjamin“, sagte sie zu ihm, sich an sein Ohr neigend, „wenn Sie Geld brauchen, sagen Sie es mir.“

„Nein, nein, Manette“, versetzte mein Onkel lebhaft, „was der Tausend, ich bedarf Deines Geldes nicht. Die Geschichte würde sonst ernst werden; Dich das Glück, das Du mir bereitet hast, bezahlen lassen! Das wäre eine Unwürdigkeit, ich würde eben so elend sein, wie eine prostituierte Dirne!“ und er umarmte Manette von neuem.

„Wie! Sie legen sich wachselich keinen Zwang auf, Herr Rathery!“ polterte Jean-Pierre, der hereintrat.

„Sieh einmal, bist Du auch da, Jean-Pierre? Solltest Du etwa eifersüchtig sein? Ich sage Dir im voraus, daß ich gegen Eifersüchtlinge eine tiefe Abneigung habe.“

„Aber mir scheint, daß ich wohl das Recht habe, eifersüchtig zu sein.“

„Dummkopf, Du nimmst die Dinge immer verkehrt. Diese Herren haben mich beauftragt, Deiner Frau ihre Zufriedenheit über das herrliche Gericht, welches sie uns bereitet, auszudrücken; und ich habe mich dieses Auftrages entledigt.“

„Sie hatten ein gutes Mittel, Manette Ihre Zufriedenheit zu erkennen zu geben, das war, ihre Forderung zu bezahlen. Verstehen Sie mich?“

„Zunächst, Jean-Pierre, haben wir mit Dir nichts zu schaffen; Manette ist hier die Herrin. Was nun Deine Forderung anbelangt, so sei unbesorgt, ich übernehme die Sache. Du weißt, daß bei mir nichts zu verlieren ist; und solltest Du Recht haben, allzulange warten zu müssen, so kann ich Dir ja sofort meinen Degen mitteln durch den Leib rennen. Bist Du damit einverstanden, Jean-Pierre?“ und bei diesen Worten ging er hinaus.

Bis dahin war Benjamin nur recht angeheitert gewesen; er trug alle Elemente zur Trunkenheit in sich, ohne noch trunken zu sein. Als er aber aus Manettens Wirtshaus heraustrat, drehte es sich ihm vor den Augen, und seine Beine schwankten.

„Gotta, Machecourt, wo bist Du?“

„Hier bin ich.“ „Ste Dich hinter an Deinem Noth.“

(Fortsetzung folgt.)

**Einzelnheiten.**

Die Staatsbahn-Gesellschaft in Wien gibt bekannt: Infolge der von den ungarischen Staatsbahnen beabsichtigten provisorischen Wiedereinnahme des Personenverkehrs auf den Linien Budapest-Marchegg und Budapest-Bruck a. S. wird auf dem Linien Wien-Bruck-Marchegg und Wien-Marchegg-Bruck a. S. der Verkehr vorläufig mit dem heutigen Tage mit je einem Schnellzuge und einem Personenzug und morgen mit zwei Schnellzügen und Personenzügen wieder aufgenommen.

Auf der in vorerwähnten Betrieben lebenden Drahtbahn ist zwischen den Stationen Welska und Mostovici ein Zug entgleist. Die Lokomotive rollte den Damm hinab und bohrte sich in die Erde. Drei Waggonen wurden zertrümmert. Der Kaufmann Adolf Spitzer erlitt an den Füßen schwere Quetschungen. Drei andere Personen wurden leicht verletzt. Die Unfallursache erfolgte knapp vor der Kapuziner-Brücke. Eine strenge Untersuchung ist eingeleitet.

Die Hauptgründe des Streiks sind, wie wir nochmals hervorheben wollen: Das Verbot der Organisation und die Ablehnung des Handelsministers, mit den Vertrauensmännern der Eisenbahnangestellten zu verhandeln.

**Der Reichstag.**

widmete den größten Teil seiner Donnerstagssitzung der Besprechung unserer Interpellation über die Stilllegung der Kohlenruben im Ruhrgebiet. Vorher indessen berendete das Haus den Etat des ostasiatischen Expeditionskorps. Das Zentrum stellte wieder einmal Komplikation, indem es unter Vorbehalt des freiwilligen Regierungs-Kommissars Spahn die unter seiner eigenen Regide in der Kommission gemachten Abstriche wenigstens zum Teil widerrief. Dann folgte die große Syndikatsdebatte, die sich zu einem Bericht über diese kapitalistischen Großmächte gestaltete. Es war bezeichnend, daß sich im Hause des allgemeinen Wahlrechts auch nicht eine Stimme zu Gunsten der Syndikats erhob, und daß selbst der Vertreter der nächst der Reichspartei dem Syndikat freundlichsten Partei, der nationalliberale Dr. Sattler, nicht wagte, in den Spuren Beumers und Hilbs zu wandeln. Die Regierung, als deren Vertreter Graf Posadowsky erschienen war, zog es vor, sich an dieser Debatte über ihre verhängnisvollen Lieblingskinder nicht zu beteiligen. Unter dem billigen Vorwande, daß es sich um Materien der Landesgesetzgebung handle, absteuerte sich der Reichsgraf des Innern. Die Interpellation begründete als Sprecher unserer Fraktion der Genosse H. u. e. Der Nachsicht eines ganzen Landstrichs klug und den gehaltvollen Ausführungen unseres Genossen hervor. Ist es doch keineswegs allein die Arbeiterschaft, welche durch das rücksichtslose Treiben des Syndikats mit gegenwärtiger und zukünftiger Arbeitslosigkeit sich bedroht sieht. Der Bauernschaft, den Handwerkern, den Kaufleuten steht der Verlust ihrer Kundchaft in sicherer Aussicht. Wie die Rechte von den Daten werden die kleinen Ackerbesitzer von den großen Kapitalmagnaten aufgefressen. Daher hat denn auch der Mittelstand im Ruhrgebiet die Scheu vor der Sozialdemokratie längst verloren.

Der behäbige Bürger, der sonst einen Notizen als leibhaftigen „Gottseibeiuns“ verabschmeht, beschwört jetzt die sozialdemokratischen Abgeordneten, im Parlament, in Versammlungen und in der Presse ihre Stimmen zu Gunsten der in ihrer Existenz bedrohten Landtschaft zu erheben. Ohne irgendwie zu verschweigen, daß nur in der Vergeßlichkeit der Produktionsmittel das Kapitalmittel gegen verarbeitete Auswüchse des Kapitalismus zu finden ist, forderte Qué doch die gesamten Parteien aus, gemeinsam mit der Sozialdemokratie auf Mittel und Wege zu dringen, welche auch auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung mindestens eine vorläufige Abhilfe zu gewährleisten geeignet seien. Aus der folgenden Debatte ging hervor, daß in der Tat in allen Kreisen die Ueberzeugung vorhanden ist, daß etwas Durchgreifendes geschehen muß, aber bei der grundsätzlichen Absperrung aller bürgerlichen Parteien gegen auch nur teilweise Verstaatlichungen mußte von Rantig bis Wiemer niemand zu sagen, wie man der Kalamität entgegenzutreten könne.

**Japan und Rußland.**

**Japanische Truppenlandung auf Liaotung.**

Es bestätigt sich, daß die Japaner 2000 Mann mit Geschützen in einer Bucht, sieben Meilen nördlich von Dalny, gelandet haben. Die Landung vollzog sich unter dem Schutz von fünf japanischen Kriegsschiffen. An diesem Punkte werden noch weitere Truppen gelandet werden. Diese Truppen stehen also nicht weit von Port Arthur.

**Im Festungsbereich von Port Arthur**

trat keine Veränderung ein. Wie sich herausstellte, war der Kreuzer „Dajan“ am 13. v. Mts., als er den Torpedobooten zu Hilfe eilte, gezwungen, sich in nächster Nähe des japanischen Geschwaders zu begeben. Ein Vogel von feindlichen Granaten ging auf ihn nieder, ohne Beschädigungen anzurichten.

**Am Jalu.**

Nach Meldungen aus Petersburg ist der russische Generalstab vorbereitet, daß die Japaner nördlich vom Jalu, also ohne Ueberschreitung des Flusses, in die Mandchurie einzufallen beabsichtigen.

**Von der sibirischen Eisenbahn.**

Aus Warkhan wird berichtet: Der „Marx, Dzien“ veröffentlicht einen Bericht aus Charbin, in dem die herrschenden Zustände auf der sibirischen Eisenbahn geschildert werden, eine Skizze, die Glaubwürdigkeit verdient, weil das genannte Blatt ein russisches Amtsblatt ist. Nach dieser Beschreibung gehe der Transport des Militärs anstandslos von Hatten, aber mit dem Pferde-Transport sei es sehr schlecht bestellt und mehr als die Hälfte der Pferde ginge während des Transportes zu Grunde. Auch Seuchen unter den Pferden seien ausgebrochen, und da die Transportwaggons ungenügend desinfiziert werden, gewannen die Seuchen große Verbreitung. Aber auch die lebend ankommandierten Pferde bedürfen längerer Zeit der Erholung, bevor sie wieder dienstfähig sind. Artillerie und Kavallerie seien durch diese Verhältnisse an ihrer Aktionsfähigkeit sehr behindert. Schrecklich sei es zu beiden Seiten der sibirischen Reichsstraße aus, auf der gleichfalls schier endlose Proviantwagen-Kolonnen verkehren. Unzählige verwesende Pferdeleichen flankieren Links und rechts die Straße, verbreiten einen pestilenzialischen Geruch, Raubvögel aller Art im Verein mit Wölfen und verwilderten Hunden machen sich das Fleischnützlich und werden zu einer immer größeren Gefahr für die Transportkolonnen. Es wird unter diesen Umständen bei Eintritt warmen Wetters der Ausbruch unterschiedlicher Seuchen befürchtet.

**Kleinere Nachrichten.**

Ein Freund Aeropattins erhielt von diesem ein Telegramm, worin er mitteilt, daß er entlassen sei, das Eintreffen von weiteren 200,000 Mann abzuwarten, bevor er ein gebührendes Geschenk zu liefern gedenke.

Seit Beginn der Feindseligkeiten hat die japanische Regierung 16 ausländische Dampfer angekauft, mit einem Tonnengehalt von insgesamt 44,000 Tonnen.

meldet aus Tokio: Vollstehende Studenten in Yemberg fanden an die Studenten der hiesigen Universitäten einen Brief, worin sie ihren unangenehmsten Wunsch auf den Sieg der Japaner Ausdruck geben, und um Sympathie für die polnischen Soldaten im russischen Heere bitten, die gegen ihre Ueberzeugung kämpfen müßten.

Die Saital-Eisenbahn soll dem Staate, wie der „Sib. Westn.“ erfahren haben will, 180,000 Rubel gekostet haben. Der Preis dieser Eisenbahn kostete außerdem während ihres kurzen Bestehens von etwa sechs Wochen nicht weniger als 70,000 Rubel. Zum 1. April a. St. soll die Paulstung der Saital-Ringbahn die Strecke Tanchot-Kultul, das ist eine Länge von 110 Werst, fertig abliefern. Diese Linie hat acht Stationen und erfordert ein zahlreiches Personal, welches bis zum 1. Mai a. St. in Tätigkeit gesetzt werden soll.

Seine Unterseeboote. Der neue japanische Marineattaché Kamburaki in London äußerte zu einem Vertreter der Presse: Die japanische Flotte hat keine Unterseeboote, wie dies von einem russischen Großfürsten behauptet worden war. Japan legt mehr Vertrauen auf die von Kapitän Ode erfundenen automatischen Minen, von denen eine den „Petropawlowsk“ in die Luft gesprengt hat. Wenn Rußland nicht bald Frieden schließt, wird Admiral Togo rasch die übrigen russischen Schiffe vernichten und Truppen werden gelandet werden, um Port Arthur von hinten anzugreifen. Alsbald würde ein kombinierter Flotten- und Landangriff erfolgen, um den Weg zur Uebergabe zu zwingen. Der Landbesatz würde erstlich Ende April oder Anfang Mai beginnen.

Ein Schweinereißer des jüdischen Lieferanten Zimmermann in Port Arthur hat viel Stoff zur Orittheit gegeben und zeigt, daß die japanische Ueberwachung zur See erhebliche Mängel aufweist. Die „Frankl. Bg.“ berichtet darüber: Daß also da der Herr Zimmermann in Tschifu einige Hundert Ochsen für Port Arthur stehen, die er nicht herüberbringen kann. Man läßt also die Tiere schlachten, das Fleisch gefrieren und verladet es auf zwei riesigen chinesischen Dschunken, deren Steuermann von dem, was vor Port Arthur vorgeht, keine Ahnung hat, und läßt ihm vor, die See frei und ein Wasserstandsstand einzutreten. Der Mann fährt in vollster Seelenruhe nach Nordost. Zwei Tage später werden zwei chinesische Dschunken vom Leuchtturm Port Arthur gesichtet und man hält sie in der Ferne für die japanische Flotte. Unbeschreiblich war das Entsetzen der Russen als nun die Chinesen mit dem Fleisch anlangen und unsagbar dumme das Geschick des chinesischen Steuermanns, als ihm General Schiffler für sein Herabstürzen hundert Rubel schenken ließ, während der Arrangeur der Beschie, Herr Zimmermann, tausend Rubel Prämie erhielt. Nun haben die Russen ihrerseits vor der Hafeneinfahrt zwei Schiffe versenkt, und zwar „Chaila“ und „Charbin“, so daß nur mehr Platz zum Ausfahren für ein Schiff bleibt. Was soll aber werden, wenn es den Japanern gelingen sollte, auch noch diese schmale Wasserstraße zu unterbinden?

**Politische Uebersicht.**

Am 198 Millionen Mark haben im letzten Jahr in Preußen die Inhaber von Einkommen über 3000 M. ihr Einkommen bei der Steueranmeldung zu niedrig angegeben, was 30 Prozent der ganzen Steuersumme ausmacht. Von Irrtümern kann man angesichts einer solch gewaltigen Summe sicherlich nicht mehr reden, sondern es handelt sich wohl durchweg um bewusste Steuerhinterziehung, also um einen wohlberechneten Betrug des Staates, verübt nicht von Armen und Sozialdemokraten, sondern von mehr oder minder wohlhabenden Angehörigen jener Schichten, die sich als Stützen der Ordnung und des Vaterlandes bezeichnen, für König und Vaterland Gut und Blut zu opfern versprechen, neue Flotten- und Heeresvorlagen mit einem Schwall von Phrasen begrüßen, aber durchaus nicht gewillt sind, auch die Kosten in einer ihrem Vermögen entsprechenden Höhe mitzutragen.

Ein Mahnwort an die Geistlichkeit. In dem Verordnungsblatt des sächsischen Landeskonfessionsrats liest man folgende Mahnung:

„Wir rufen die Geistlichen unserer Landeskirche auf, durch gläubige Predigt und unermüdete Seelsorge, aber auch durch einen unerbittlichen geistlichen Wandel an der Besserung ihrer Gemeinden zu arbeiten. Mehr denn je gilt heute das Wort eines alten Kirchenlehrers: „Ein Lehrer, Priester oder Prediger soll also beschaffen sein, daß er ein gutes Zeugnis habe von denen, die brauchen sind, auf daß er nicht falle dem Ästter in die Schmach oder Stride.“ Eitliche Verfehlungen eines Geistlichen reizen mehr nieder, als hundert Predigten aufbauen können.“

Zu diesem Hinweis „auf die sich mehrenden Anzeichen einer fortschreitenden sittlichen Entartung“ bemerkt die vom sächsischen Landesverband gegen den Mißbrauch geistlicher Getränke herausgegebene Korrespondenz:

„Eitliche Verfehlungen Geistlicher sind in Sachsen leider wiederholt vorgekommen. In allen uns näher bekannt gewordenen Fällen dieser traurigen Art handelte es sich um Gewohnheitstrinker. Und doch magst gerade der gewaltigste Prediger, der Apoll Paulus, daß unser Leib ein Tempel Gottes sein soll.“

Wiel besprochen wurde kürzlich der Fall eines Dresdener Geistlichen, der wegen gewisser Verfehlungen gegen das zehnte Gebot sich gezwungen sah, „freiwillig“ vom Amte zurückzutreten. Nach den zitierten Sätzen der genannten Korrespondenz hätte der „gefallene“ Geistliche nicht nur der freien Liebe, sondern auch dem Suff gefrönt.

Alerikales. In letzter Zeit ging ein Brief des katholischen Pfarrers Dr. Jos. Ant. Keller zu Gottenheim in Baden vom 1. Februar d. J. durch die Zeitungen, der die katholische Braut eines protestantischen Arbeiters mit Himmel und Hölle bearbeitete, um die Lösung des Bundes mit einem „Anhänger des abhässlichen Martin Luther“ zu veranlassen. Der seelsorgerische Brief an „Agathe“ schloß mit dem Wink: „Belommt hier Gelegenheit zum Heiraten!“

Jetzt veröffentlicht die „Dreisgauer Zeitung“ von Freiburg ein Gegenstück zu diesem Schreiben. Hier handelt sich um einen katholischen Mann, der ein protestantisches Mädchen heiraten will. Der Dringestliche setzte dem Mann in jeder denkbaren Weise zu, um ihn von seinem Vorhaben, der Ehe mit einer „Kezerin“, abzubringen. Zuletzt richtete er folgenden Brief an sein Weibkind:

Friedrichsfeld, den 3. Februar 1904.

„Ich würde zu Ihrem Vorhaben — die Kirche, der Sie einst mit brennender, zum Himmel erhobener Kerze am Tage Ihrer ersten hl. Kommunion vor Ihren Eltern und der ganzen Gemeinde Treue gelobt haben, zu verraten und von ihr abzufallen — gratulieren, wenn ich nicht wüßte, daß Sie leider in Ihrem Haus eine Eär zu viel hätten, nämlich jene Eär, durch die man Sie nach einigen Jahren tot herausstragen wird! Der Wahn ist lang, die Reu' ist lang“, ja ewig, sagt der Dichter.

Die „Dreisgauer Zeitung“ setzt mit Recht hinzu: „Daraus geht abermals deutlich hervor, daß man in Alerika-

freisen die gemischte Ehe als eine Todlünde, als Abfall von der Kirche ansieht. Die ultramontane Presse mag sich daher noch so sehr abmühen, — die Tatsache, daß in unserem Alerika (es ist eine katholische Zeitung, die spricht), namentlich in jüngeren, die Anschauungen der Pfarrer Keller und Keller vorherrschen, wird sie mit Erfolg nicht bestreiten können.“

Bischof Bengler belegte einen lothringischen Kirchhof mit dem Interdikt, weil ein Protestant daselbst begraben ist. Das brave deutsche Zentrum aber bringt im Reichstag Toleranzanträge ein!

Der Aufstand in Deutsch-Südwestafrika. Aus Windhuk werden vom 21. April noch folgende nachträglichen Todesfälle der Kolonne Glafenapp aus Onjatu gemeldet:

Von der 4. Kompanie des Seebataillons: Einjährig-Geleiteter Johannes Schmidt am 10. April infolge einer bei Dharau erlittenen Verwundung; Unteroffizier Max Kießig am 11. April am Typhus, Seerofat Franz Dietrich am 14. April an Pestschwäche. Von der 1. Kompanie des Seebataillons: Seerofat Gustav Seltz am 11. April infolge einer bei Dharau erlittenen Verwundung. — Vom Ersatztransport Winkler: Reiter Alois Wolf am 16. April an Pestschwäche.

Aus obiger Nachricht geht hervor, daß die Kolonne Glafenapp am 15. April noch in Onjatu stand und inzwischen weitere Gefechte nicht stattgefunden hatten. Ferner wird gemeldet, daß am 20. April ein Transport von 42 Kranken der Kolonne Glafenapp unter Führung des Hauptmanns a. D. Fromm in Windhuk eingetroffen ist.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstages hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, dem Plenum zu empfehlen, die Wahl der Abgeordneten von Döbenburg (sonn.), Dr. Stöckmann (Mösch) und Osel (Zentr.) für gültig zu erklären. Wahllisch der Wahl des Abgeordneten Fuchs (Zentr.), wurde Beweiserhebung beantragt.

Eine Ministerkonferenz zur Erschließung neuer Steuerquellen wird in der Münchener „Allg. Bg.“ angekündigt. Da die Mehreingaben aus dem neuen Posttarif durch das Posttarifgesetz für die Errichtung einer Wäz- und Wäzwerkverfertigung festgelegt sind, steht das Münchener Blatt nach Abschluß neuer Handelsverträge in absehbarer Zeit die Notwendigkeit einer Erschließung neuer Steuerquellen zur Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches voraus.

Ein Tunnel unter der Elbe. Der Senat von Hamburg hat der Bürgerchaft einen Antrag ausgehen lassen, betreffend die Erbauung eines Tunnels unter der Elbe zwischen St. Pauli und der Hafensinsel Steinwärder. Die Kosten werden auf 2,200,000 Mark veranschlagt.

Ein Rekrutgericht ist in Königsberg in Preußen in einer gemeinsamen Versammlung des Vereins Waldeck und des freiwilligen Wahlvereins über zwei der angesehensten Volksparteiler, Dr. Dullio und Dr. Krieger, abgehalten worden, und zwar in Abwesenheit der beiden. Die Herren, von denen der eine noch vor einem Jahre Mitglied der freiwilligen-volksparteilichen Kandidatensraktion war, sind in einer Weise von dem Referenten des Tages, Dr. Liechtenstein, in Grund und Boden kritisiert worden, daß ihr Verbleiben in der Partei kaum noch denkbar erscheint, zumal die Versammlung mit Ausnahme eines Redners dieser Kritik angetraut hat. Grund zu dem Rekrutgericht waren verschiedene Äußerungen beider Männer, aus denen hervorgeht, daß sie in solchen Dingen und in Fragen der Taktik etwa auf dem Standpunkt von Dr. Barth stehen.

Praktisch unausführbar. Zu der Petitionskommission des Abgeordnetenhauses wurde eine Petition wegen Entlass eines Gelehrten, wonach Familien mit weniger als 900 Mark Jahreseinkommen eine Staatsunterstützung von 10 Pf. pro Kopf und für jedes Kind erhalten sollen, als praktisch unausführbar erklärt. Der Petent hat es jedenfalls recht gut gemeint.

**Ausland.**

Aufstand der Eingeborenen auf Borneo. Der Neue Norderdamsche Courier“ berichtet aus Batavia, daß das ganze Gebiet von Doven-Raynas und von Katajan auf Borneo sich in Aufruhr befindet. Ein Thronpräsident nach dem Sultanstijh soll mit seinen Leuten die holländischen Regierungsbeamten angegriffen haben. Man ist hier der Ansicht, daß Holland bedeutende Truppenmassen nach Borneo entsenden wird.

Die Burenverhaftungen in Transvaal. Aus Bloemfontein, 20. April, meldet das Neuterliche Bureau: Zu der im Bezirk Lydenburg erfolgten Verhaftung von sieben des Hochverrats angeklagten Buren teilt die Zeitung „Post“ auf Grund von Angaben eines vornehmen Afrikaners und anderer mit, daß eine lebhaft revolutionäre Bewegung bestche, deren Leiter drei in Großnamamaquand wohnende Kommandanten seien. Diese sollen eine geheime Gesellschaft gegründet haben, nach deren Sitzungen jeder seitens seiner Mitglieder begangene Verrat mit dem Tode bestraft wird. Die „Post“ bemerkt dazu als bedeutungsvoll, daß transvaalische Freiwillige in großer Zahl rüsten und Transportmittel mieten.

Die drei nordischen Reiche. Die Stockholmer Zeitung „Aftenbladet“ meldet, die Verhandlungen wegen der gemeinsamen Neutralitätsklärung der drei nordischen Reiche seien zu einem günstigen Abschlusse gelangt. Die neuen Bestimmungen würden Ende dieses Monats veröffentlicht werden.

**Partei-Angelegenheiten.**

Verneins Montagblatt. Genosse Bernstein teilt dem „Vorwärts“ mit, daß er vom 2. Mai ab ein Montagblatt erscheinen lassen wird, das den Titel tragen soll: „Das neue Montagblatt. Berliner sozialdemokratische Montagzeitung.“ Das Blatt soll sich nicht nur durch seine Tendenz, sondern auch durch verschiedene eigene Rubriken von den zur Zeit in Berlin veröffentlichten Montagblättern unterscheiden. Es wird im Einzelvertrieb zu 5 Pf. pro Exemplar verkauft werden.

Unter Parteigenosse Dr. Kurt Freudenberg in Berlin hat sein Stadtverordneten-Mandat niedergelegt. Gesundheits-Rücksichten zwangen unseren Genossen, in Cairo Aufenthalt zu nehmen, wo er sich jetzt dauernd niedergelassen hat. Alle, die Dr. Freudenberg zu fehlen werden bedauern, daß seine schätzbare Kraft der Gemeinde Berlin und der Partei am Orte nicht mehr dienstbar sein kann, und mit uns den Wunsch hegen, daß der Aufenthalt in Ägypten ihm baldige und gründliche Genesung bringe.

Oskar Wessell, bisher Redakteur des Düsseldorfster Partei-Blattes, ist aus der Partei ausgetreten. Der sozialdemokratische Verein in Zuckentwalde steigerte seine Mitgliederzahl im abgelaufenen Geschäftsjahre von 618 auf 817. Die reine Einnahme betrug 1521 M., die Ausgabe 1507 M. Der Rassenbestand einschließlich des altes Uebertrages 421 M. Daneben besteht ein Wahlfonds, der jetzt 701 M. beträgt. Die Generalkonferenzversammlung überwies 100 M. dem Parteivorstande und 100 M. der Agitationskommission.

**Arbeiterbewegung.**

Der Streik der Baufachler in Charlottenburg ist noch mehrtägigen Verhandlungen in der Nacht zum Mittwoch zu Gunsten der Ausständigen beigelegt worden. Die Arbeit wurde am Mittwoch früh in allen Betrieben wieder aufgenommen. Die Maurer in Spandau haben ebenso wie die Zimmerer das Anerbieten der Meister, 60 Pf. Stundenlohn, 9/16 Stundenlohn.

Arbeitszeit bis 1. April 1906, von da ab Neunstunden, angenommen. Ihre Lohnbewegung hat dadurch ihr Ende erreicht.  
**Große Ausperrung in Sibirien.** Infolge des Streiks von 200 Mietern und Bohrer hat bei der Koch'schen Schiffswerk die Werkleitung noch weitere 600 Arbeiter ausgesperrt. Der Betrieb ruht.  
**Der Ausstand der Seher in Lissabon** dauert fort; es erscheint keine Bessung, mit Ausnahme des amtlichen Organes, das den Erlaß über die Auflösung der Cortes veröffentlicht.  
**„Der Grundstein“**, das Verbandsorgan der Maurer Deutschlands, erscheint jetzt in einer Auflage von über 125,000 Exemplaren. Mit der Nummer 40, zu Beginn des Herbstes im vorigen Jahre, hatte das Blatt den höchsten Stand mit einer Auflage von 117,500 Exemplaren erreicht, und mit Nummer 15 vom 9. April sind 125,000 überschritten. Seit Anfang Februar ist die Auflage um rund 12 1/2 Tausend gestiegen, denn im vierten und im Anfang des ersten Quartals war sie um 5000 zurückgegangen. Diese beachtliche Erscheinung war bisher in jedem Winter zu registrieren, doch wird sie von Jahr zu Jahr unbedeutender. Im Winter 1901/02 ging die Auflage des „Grundstein“ von 91 auf 80 Tausend gleich 12 Prozent zurück, im Winter 1902/03 von 95 auf 88 Tausend gleich 7 1/2 Prozent, und im letzten Winter war der Rückgang gleich 4 1/2 Prozent.

### Lokales und Provinzielles.

Vreslau, den 22. April 1904.

#### Breslauer Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Sitzung war verhältnismäßig kurz. Sie dauerte nur etwas mehr als 1 1/2 Stunden. Als wichtiges Ereignis ist die Wahl dreier Stadträte zu verzeichnen. Und zwar ist, was die Konservativ-Klerikalen mit großer Freude erfüllt, ein wackecher Agrarier ihrer Farbe als landwirtschaftlicher Sachverständiger in das Magistratskollegium entsandt: der Mittergutsbesitzer Theodor Hoffmann. Außerdem wurden Rentier Ernst Schatz und der Generaldirektor Max Schwener als unbesoldete Magistratsmitglieder gewählt.

Die längere Debatte rief noch das Projekt des „Vereinshauses“ hervor. Beschlossen wurde dem Antrag der Ausschüsse entsprechend, welche vorschlugen den vom Magistrat vorgelegten Vertrag mit dem Vereine „Breslauer Vereinshaus“ abzulehnen, dabei aber dem Magistrat anheimzugeben, mit der Vereinshausgesellschaft 1. wegen Ueberlassung eines städtischen Grundstücks gegen Erbbaupacht zum Zwecke der Errichtung eines Vereinshauses, 2. wegen Gewährung einer jährlichen Beihilfe auf eine begrenzte Reihe von Jahren in Unterhandlung zu treten und dabei die Verbindung zu vereinbaren, daß das Vereinshaus mit der Zeit in den Besitz der Stadt übergeht.

Scharf aneinander gerieten bei der Beratung des Vorstages beiz. die Errichtung eines Volksschulgebäudes auf den Gaby-Meckern der Stadt. Drischel und der Oberbürgermeister Dr. Ueber. Die Versammlung hatte bereits im Jahre 1901 die Erbauung des Volksschulhauses auf den Gaby-Meckern im Prinzip beschloffen. Jetzt soll mit der Bauausführung begonnen werden und wurde der Kostenpunkt erledigt. Der Bauauschuss hatte die Annahme des Magistratsantrages empfohlen. Die Stadtv. Klee und Drischel hielten diesen Bau für nicht so bringend und beantragten die Ueberweisung der Vorlage an den Schulausschuss. Der Oberbürgermeister meinte, daß die Stunden, die für eine nochmalige Ausschüßberatung verwendet würden, gewissermaßen totesgeschlagene Zeit bedeuten. Darüber wurde Herr Drischel erregt und der Herr Oberbürgermeister setzt bekanntlich gern auf einen groben Klotz einen größeren Keil. So auch hier. Was indessen nicht hinderte, daß bei der Abstimmung die Magistratsvorlage angenommen wurde.

Die weiteren erledigten Vorlagen entbehren des größeren Interesses.

**\* Die Redaktion der „Volkswacht“** sieht sich veranlaßt, für etwaige Besucher Sprechstunden einzuführen. Im Einverständnis mit der Redaktionskommission wurde als Sprechstunde die Abendstunde von 5—8 Uhr festgesetzt. Das Redaktionslokal befindet sich jetzt Neue Graupenstraße 5/6, Hinterhaus 3 Treppen.

Die Expedition der „Volkswacht“ wird in der Zeit vom 1. Mai bis 15. Oktober Abends um 6 Uhr geschlossen.

**\* Eine Frauenversammlung** findet am kommenden Dienstag, den 26. April, im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses statt. Genosse Franz Klüh wird über die Breslauer Fleischsteuer sprechen, ferner soll ein Zirkular der Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands zur Beratung kommen. Es ist deshalb zahlreicher Besuch erwünscht.

**\* Achtung, Tapezierer!** Sonntag, Vormittags 10 1/2 Uhr, findet im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses eine öffentliche Tapezierer-Versammlung statt. Genosse Mehrlein wird über „Gewerkschaftskämpfe und Gewerkschaftsorganisation“ referieren. Zahlreicher Besuch dringend erwünscht.

**\* In der „großen Fabrik“** der Firma Stefan Ebers waren bekanntlich vor kurzem vier organisierte Schneider, darunter der Werkmeister, plötzlich entlassen worden. Die fürchterlichsten Dinge über verübten „Terrorismus“, begangen durch die entlassenen Gehilfen und den Werkmeister, wurden damals von der „Schlesischen Volkszeitung“ in die Welt hinausposaunt. Nunmehr lag dem Gewerbegericht eine Klage des Werkmeisters auf Gehaltsentziehung wegen dieser Entlassung vor. Die Firma machte geltend, daß der Mann zu Recht entlassen wurde, da er das Vertrauen der Firma „groblich mißbraucht“ habe. Er habe falsche Eintragungen in die Lohnbücher (!) gemacht und die Arbeiter aufgehetzt, mitten in der Saison die Arbeit niederzulegen, um die Entlassung eines anderen Arbeiters zu erzwingen. Bei der vorgenommenen Beweisaufnahme wurden nicht weniger als sieben Zeugen vernommen. Dabei stellte sich heraus, daß der Werkmeister gelegentlich von einem der Arbeiter einige Baden Seide oder Zwirn verbraucht hatte und ihm hierfür bereits vor Weihnachten einmal 1/2 Stunde Lohn ins Arbeitsbuch eingetragen hatte. Ausdrücklich war hierüber in dem vorgelegten Arbeitsbuche vermerkt worden: „Für Putaten 1/2 Stunde“, so daß also die Absicht der Verheimlichung garnicht anzunehmen werden konnte. Die

Firma konnte dies auch sofort bekräftigen, wenn sie damit nicht einverstanden gewesen wäre. Bei kurzen Reklamationen mußten die nicht vom Arbeiter direkt verschuldet waren, hatte der Werkmeister ebenfalls stets die volle Zeit eingeschrieben, da die Arbeiter auf Tagelohn beschäftigt waren. Der Werkmeister gibt an, daß nur im Einverständnis mit dem Direktor getan zu haben. Das Gericht hielt eine Beweisaufnahme hierüber nicht für nötig, da hier das Verhalten des Werkmeisters lediglich den Bestimmungen der Gewerbeordnung entspricht. Als ebenso hinsichtlich erwies sich die Behauptung der Firma, der Meister hätte die Arbeiter zum Niederlegen der Arbeit aufgehetzt. Der Herr Zeuge, der Beweisaufnahme zu Tage, daß seit längerer Zeit unter den Arbeitern der Werkstelle große Erbitterung geherrscht habe über einen Kollegen, der stets zu Unrecht Klagen gegen den Direktor bereitet war und diesem alles wieder erzählte, was sich irgendwo in der Werkstelle gütig. Zwei der Zeugen erklärten, der Plan, die Arbeit niederzulegen, sei auf sie zurückzuführen. Die Mehrzahl der Arbeiter sei eines Tages nach der Arbeit in einem Lokal zusammengelommen, um hierüber zu beraten. Auch der Werkmeister habe hieran teilgenommen. Derselbe habe aber erklärt, daß er, um seine Stellung nicht zu verlieren, mit der Sache nichts zu tun haben wolle. Im übrigen habe er geraten, beim Direktor vorstellig zu werden, um die Sache in Güte zu erledigen. Nur ein Zeuge behauptet, der Werkmeister habe mit ihm während der Mittagspause einmal gesprochen und das Niederlegen der Arbeit empfohlen, wenn auf Vorstellung beim Direktor die Entlassung des einen nicht erfolge. Derselbe Zeuge, Kischer ist sein Name, hatte auch am Tage vor der Entlassung des Werkmeisters dem Direktor das unqualifizierbare Gerücht hinterbracht, daß ersterer zu viel Zeit in die Lohnbücher eingetragen habe. Das Gericht hielt die Aussagen dieses einen Zeugen, der noch bei der Firma arbeitet, für unglauwürdig. Es sei nicht anzunehmen, daß der Kläger gerade zu diesem einen Zeugen von Niederlegung der Arbeit gesprochen habe, während er gegenüber allen anderen auf friedliche Erledigung der Angelegenheit hinwirkte. Sicher habe der Werkmeister bei seiner Stellungnahme das Interesse der Firma im Auge gehabt, letztere wurde verurteilt 145 Mark Lohnschädigung sofort zu zahlen, ferner bis zum 26. Juni in jeder Woche Sonntags 30 Mk. und am 1. Juli noch 25 Mk. Außerdem soll sie die Kosten des Verfahrens tragen. Die Firma will gegen das Urteil Berufung beim Landgericht einlegen, die aber nach Lage der Dinge keinen Erfolg haben dürfte.

#### \* Ueber die Ortskrankenkasse der Kaufleute z.

wird uns noch geschrieben:  
**Auf dem Wege zur Schlichtung!** So lautete der Titel eines Leitartikels der „Schlesischen Zeitung“ vom Sonntag, den 17. April, der sich eingehend mit der Neuwahl der Vertreter zur Ortskrankenkasse der Kaufleute pp. beschäftigte, und in welchem allein ein Denunziantenstück ersten Ranges vollbracht, sondern auch von der früheren „Schlesischen Geschäftsleitung“ akredit wurde.

Diese „sachgemäße“ Geschäftsleitung durch die „bürgerliche“ Verwaltung mögen einige Illustrationsproben veranschaulichen:

1. Einem unteren Beamten, (Theile) welcher nur 5 Jahre in der Krankenkasse beschäftigt war, wurde seitens der „sachgemäßen“ Leitung eine Pension von jährlich 600 Mark bewilligt, was durch das Statut und Krankenkassengesetz verboten ist. Auf die energische Beschwerde des Unterzeichneten hob die Aufsichtsbehörde diese Pensionszahlung auf.

2. Um den unangenehmen Beschwerdeführer los zu werden, stellte der Vorsitzende den Antrag, auf Anschließ beschließen aus der Kasse. Die Aufsichtsbehörde entschied zu Ungunsten der Kasse, und wurde darauf Berufung beim Amtsgericht eingelegt. Es fanden einige Termine statt und wurde die Kasse, trotz ihres sachkundigen Verteidigers, — Rechtsanwalt Dr. Hontgmann — kostenpflichtig abgewiesen. Verteidigungs- und Gerichtskosten werden nicht klein gewesen sein, das schämte jedoch ist, daß der „sachgemäße“ frühere Vorstand keinen Beschluß gefaßt hat, um diese Klage anzuführen und m. 1 oder 2 Personen davon wußten. Die Kassen hat die Krankenkasse zahlen müssen. Warum? Wegen ihres „sachgemäßen“ „erfahrenen“ Vorstandes.

Mit den unzulässigen Bewilligungen und Gratifikationen z. werden wir uns später noch einmal beschäftigen.

Fragen möchten wir aber einmal den „Schleifstein“, was hat der „sachgemäße“ frühere Vorstand und die anderen Vertreter für die Entwicklung der Kasse im Interesse der Kassensmitglieder getan? Die Antwort dürfte wohl Nichts sein. Das Interesse der Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist grundverschieden, und zwar schon deshalb, weil die Arbeitgeber so wenig wie möglich Beiträge zahlen wollen, die Mitglieder jedoch recht viel Krankengeld und Hilfeleistung wünschen. Daraus erklärt sich die allgemeine Mißstimmung der Kassensmitglieder gegen die bisherige Verwaltung und die Abschaffung der bisherigen, wohl nur für die „Schlesische Zeitung“, „sachgemäßen“ Verwaltung. Für die Anerkennung der geschäftsingenierten „Abhängung“ besten Dank. Hermann Zimmer.

**\* Ein merkwürdiges Vorkommis** wird uns aus Kleinburg berichtet. An dem Neubau Kaiser Wilhelmstraße 186, dem Architekten Goldstein gehörig, hatten zwei Maurer ihr Domizil außerhalb der sonst gemeinsam benutzten Schirrkammer, auf dem Bau selbst, aufgeschlagen. Diese beiden gingen auf das Polizeikommissariat Döbstraße und beschuldigten die übrigen Maurer, die sonst gar nicht mit ihnen zusammen verkehrten, des Diebstahls (!) an — einem Paar Goldpantoffeln! Alsdort ergriffen der Polizeikommissarius mit einem Schutzmann auf der Baustelle und fragte nach dem Maurer Johannes. Dieser sollte die angeblich Bestohlenen aufgefordert haben, das — Verbandsbuch mitzubringen. Dem Maurer gefolten Schirrkamer befaßt der Kommissarius, die — Zigarre aus dem Munde zu nehmen. Als Sch. gegen diesen seltsamen „Besitz“ remonstrierte, wurde er notiert! Da die Maurer nicht willens waren, sich von den beiden „Exparierten“ als Diebe benutzieren zu lassen, so forderten sie die Entlassung der beiden. Da dies abgelehnt wurde, legten am Mittwoch Mittags sämtliche organisierten Maurer — 20 an der Zahl — die Arbeit nieder. Nachdem der Bevollmächtigte des Verbandes, dessen Vermittlung nachgesucht wurde, eine Rückfrage mit dem Arbeitgeber gehabt hatte, wurde dem Wunsche der Streikenden nachgegeben und nach 1 1/2 Stunden Arbeitsruhe nahmen sämtliche Maurer die Arbeit auf. Die angeblich „Bestohlenen“ können sich Arbeit suchen, wo sie nicht solche „diebische“ Kollegen haben. Das Verhalten der Polizei in diesem Falle ist besonders bemerkenswert.

**\* Der desertierte Leutnant.** Vor dem Breslauer Kriegsgericht stand am Donnerstag ein ehemaliger Leutnant vom Breslauer Artillerie-Regiment, Herr von Rißow, der im Jahre 1893 das Regiment verlassen und ins Ausland gegangen war. Die Desertion war während der Verhandlung wegen „Gefährdung dienstlicher Interessen“ ausgeschlossen. Der Angeklagte, der in Zivil vorgetreten war, wurde zu einem Jahr Gefängnis und Entfernung aus dem Heere verurteilt. Aus der Urteilsbegründung sei erwähnt, daß sich Oberleutnant von Rißow vor elf Jahren, im Juli 1893, in Breslau von seinem Regiment entfernt habe und mit gepackten Koffern nach Zürich geeilt sei. Er habe sich jahrelang in der Schweiz, Oesterreich z. aufgehalten, sei 1900 nach Südafrika geeilt, zuletzt nach Berlin zurückgekehrt, wo er verhaftet wurde. Er habe die Absicht gehabt, sich konvertieren zum Militärstand zu erziehen. Wegen Fahnenflucht war er f. St. in contumaciam bestraft, dieses Urteil wurde jetzt aufgehoben.

**\* Der Graf und das Gericht.** Graf Adler ist bereits zum dritten Male zum Termin in einer Angelegenheit wegen Verletzung des Polizeivorbes von Klein-Tschirne vor dem Logauer Straßengericht geladen worden, aber noch niemals erschienen. Am Tage der ersten Verhandlung war ein Telegramm von ihm eingegangen, wonach er sich in der Präsenzliste zu St. Blasien befindet und wegen der weiteren Entfernung nicht erscheinen könne. In dem erneut angelegten Termine zu der Zeit, als bekannt war, daß der Graf in Berlin öffentliche Reden hielt, wurde die Terminvorladung als nicht gültig angesehen, weil sie dem Justizsekretär des Grafen ausgehändigt worden war, der als nicht zum „bediensteten Personal“ gerechnet wurde, wie es in der Vollstreckungsanordnung hieß. Die dritte Vorladung zum letzten Termine hatte Graf Adler persönlich in Berlin erhalten. Durch seinen erst für den jetzigen Termin engagierten Rechtsbeistand beantragte der Graf Entbindung vom persönlichen Erscheinen wegen zu großer Entfernung. Der Staatsanwalt beantragte nunmehr die Verhaftung und Vorführung des Angeklagten. Das Gericht beschloß Verlegung der Sache, Erlass eines Haftbefehls und Ablehnung des Antrages auf Entbindung vom persönlichen Erscheinen. Es gebe das Gericht nichts an, wenn Graf Adler eine Reise nach Berlin zu politischen Zwecken unternähme. Die Reise des Angeklagten nach der Gerichtsstelle bedeute für ihn kein Opfer, zumal sein Wohnsitz in deren Nähe liege. Die letzte Vorladung zum Termine erfülle alle Anforderungen, die die ihm abrigens schon angebrochte Verhaftung gerechtfertigt erscheinen lassen.

**Sagan, 21. April.** Arbeiterfest. Sonntag, den 24. April, veranstaltet der hiesige Arbeiter-Verein „Gefangene Liebeskrone“ eine Soiree. Es ist zu erwarten, daß dieselbe zahlreich besucht wird. Ein genußreicher Abend ist sicher.

**Banglau, 16. April.** Zur Lokalfrage. Man schreibt uns: Unter bürgerlicher Versammlungstafel, der Gasthof „Zu den drei Kronen“, hat ab 1. April in Herrn Hermann Schulte einen neuen Wächter erhalten, der das Lokal fast völlig neu renovieren lassen. Damit dürfte endlich der Wunsch vieler Genossen, welche sich häufig über den Zustand des Lokals zu beklagen hatten, erfüllt sein. Unsere Pflicht ist es aber nun, auch die „Drei Kronen“ wieder emsig zu besuchen.

### Neueste Nachrichten.

#### Der Krieg zwischen Rußland und Japan.

**Ein Telegramm** europäischer An der Kaiser von heute lautet: Am Jalu am 19. und 20. alles ruhig; es sind keine Veränderungen eingetreten. In der Nacht zum 19. April wurden beim Vorgebirge Lower Hill westlich von Kaitchou (nördlich von Port Arthur ein japanischer Dampfer bemerkt, der anscheinend zur Vornahme von Messungen Schaluppen abgeandt hatte, die sich rasch entfernten.

**Neue Kämpfe.** Aus Tschifu wird berichtet, daß dort wiederum das Licht von Scheinwerfern gesehen und lebhafter Geschützfeuer in der Richtung von Port Arthur gehört wurde. In den Kämpfen am 14. April sollen nach japanischen Meldungen der Dampfer „Kajitoh“ und ein anderer russischer Dampfer beschädigt worden sein. In Port Arthur sei man an der Arbeit, drei neue Torpedoboote zu erbauen.

Es wird berichtet, daß am Jaluflusse mehrere Schärnigel stattgefunden haben. Die Russen, welche sich als Chinesen verkleiden, geben sich große Mühe, die Stärke der japanischen Streitkräfte anzukundschaften. Man erwartet jeden Augenblick ein ernstes Gefecht.

**Die Chinesen.** „Daily Mail“ meldet aus Shanghai: Admiral Alexejew hat die chinesische Regierung aufgefordert, die chinesischen Truppen zu einem Umkreise von 30 Kilometer aus Madsen sofort zurückzuziehen. Zur Erfüllung der Forderung stellte er eine Trift vor.

#### Der ungarische Eisenbahnerstreik.

**Budapest, 21. April.** Nachdem im Laufe des Tages wiederholt Verhandlungen wegen Beilegung des Ausstandes gepflogen wurden, teilten die Komitemitglieder den Ausständigen mit, daß hier und in der Provinz Hoffnung zur Herstellung des Friedens vorhanden wäre.

**Die Jäger.** Budapest, 21. April. Ein Personen- und ein Eilzug, die heute von höheren Beamten auf der Wiener Strecke geführt worden sind, haben anstandslos die Strecke zurückgelegt und normalmäßig die Grenzstation Warasburg passiert.

**Budapest, 21. April.** Der Orsovaer Frühzug wurde bei Station Porta orientalis zum Stehen gebracht, indem Bahnarbeiter den Zugführer durch Steinwürfe verwundeten und an mehreren Stellen die Gleise aufrißen.

**Budapest, 22. April.** Zwischen den Stationen Zug-Sellye und Tornocz verließ das Diesellokomotiv den Frachzug, welcher ausgeraubt wurde. Die Täter sind unbekannt.

**Debreczyn, 21. April.** Unter dem Einfluß des Ausstandes der Eisenbahnarbeiter ist hier eine große Streikbewegung im Gange. Die Arbeiter der Labalfabrik, Dampfmaschine, Werkstätten und Waggonfabrik der Staatsbahnen, Maurer, Zimmerleute, Tischler und Schlosser stellten die Arbeit ein. Etwa 6000 Arbeiter sind ausständig. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung wurden umfassende Maßnahmen getroffen.

**Die Ausdehnung des Streiks.** Die beiden Jäger, die unter Führung von Oberbeamten und unter militärischer Begleitung in der Richtung nach Wien abgelassen wurden, sind in Wien eingetroffen. Die Jäger verkehrten ohne Signale, da die Verbindung mit den Telegraphenämtern in der Provinz infolge der vielfach zerstörten Leitungen noch nicht wiederhergestellt ist. Dem Streik haben sich gestern die Eisenbahnbeamten der hiesigen Direktion angeschlossen, weil man diese zum Verkehrsdiens verwenden wollte, was sie jedoch aus Solidarität verweigerten. Auch über 30,000 Industriearbeiter der Staatsbahn haben sich der Bewegung angeschlossen. Aus der Provinz laufen fortwährend Telegramme von den Streikenden ein, mit der Bitte, ohne vollständige Bewilligung der Forderungen vom Streik nicht abzulassen. Die Streikenden verlangen vollständige Amnestie und Erfüllung der Wünsche der Eisenbahner; ferner verlangen sie die Entlassung der leitenden Verwaltungskräfte, welche die Regierung durch falsche Informationen treulichteten.

### Ständesamtliche Nachrichten.

**Heirats-Ankündigungen.** II. Tapezierer Max Richter, ev., Hobenstr. 19, und Selma Weiß, kath., Boelkestraße Nr. 74. — Schriftföher Johannes Bweifel, ref., Friedrichstr. 79 a, und Elise Heber, ev., Lützowstr. 9. — Malergehilfe Adolf Niebold, ev., Brunnenstr. 20, und Henriette Biegler, ev., Thiergartenstr. 66/68. — Sattler Heinrich Specht, ev., Bornwerksstr. Nr. 53, und Rosina Fedja, ev., hier. — Sattler Heinrich Dunkel, ev., Bornwerksstr. 51, und Ida Wallat, ev., hier.

**Vom 18. April.** Heirats-Ankündigungen. I. Abbelpolker Gustav Schiffmann, ev., Berlauerstraße 31, und Martha Wiede, ebend. — Kaufherr Ernst Teubert, ev., Mierplatz 4, und Ernestine Gütche, ev., ebend. — Arbeiter Ernst Stach, ev., Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 79, und Pauline Schäfer, ev., ebend. — Bahnarbeiter Paul

Hoffmann, ev., Berlinerstraße 69, und Emma Plunke, ev., Wallstraße Nr. 13. — Maurer Wilhelm Ackermann, ev., Alsenstraße 49, und Anna Kränzel, ev., Alsenstraße 60. — Schlosser Max Becker, ev., Schwebelstraße 17, und Anna Böhm, ev., Kurze Gasse 78. — Tischler Otto Kluge, kath., Wilschstraße 6, und Maria Vinke, kath., Vorwerkstraße 22. — Schneider Paul Gausmann, kath., Obblauer Chaussee 8, und Ernestine Grub, ev., Keilstraße 7. — II. Gehilflicher Schneider Garmos, ev., Ferdinandsstraße 16, und Ida Pade, ev., hier. — Druckereiarbeiter Fritz Dittmer, ev., Rosenstraße 16, und Elfriede Neugebauer, ev., Pöschstraße 38. — Arbeiter Theodor Hartmann, ev., Pöschstraße Nr. 20, und Marie Pöschke, kath., hier. — Schneider Paul Maruschke, kath., Neuborsstraße 23, und Emma Reich, ev., hier.

**Chescheilungen.** 11. Daddeder Paul Wandel, kath., mit Vertha Pechel, geb. Pohl. — Müller Friedrich Langner, ev., mit Vertha Pechel, kath. — Arbeiter Fritz Gängel, ev., mit Anna Kroll, ev. — Eisenarbeiter Alfred Pils, kath., mit Vertha Hoffmann, kath. — Schlosser Paul Kraus, ev., mit Marie Wiesniowski, kath. — Maurer Paul Wutte, ev., mit Johanna Perlewa, ev. — Goldarbeiter Ernst Ventner, kath., mit Anna Glauer, kath. — Buchdrucker Viktor Böllner, kath., mit Vertha Egleich, ev. — Schuhmacher Paul Schler, kath., mit Katharina Seibert, kath. — Tapezierer Gustav Werner, ev., mit Anna Weber, ev. — Schneider Robert Schliewe, kath., mit Valeria Rasparek, kath. — Arbeiter August Schwigon, kath., mit Anna Weira, kath. — Arbeiter Gustav Patsch, ev., mit Anna Pfeiffer, kath. — Maurer Oswald Bergander, ev., mit Annusse Wäde, ev. — Arbeiter Adolf Daberla, kath., mit Marie Daniler, kath. — IV. Schlosser Joseph Danner, kath., Sebanstraße 3, mit Emilie Kleinadam, kath., Kaiser Wilhelmstraße 84. — Bahnarbeiter Robert Sille, kath., Sonnenstraße 35, mit Anna Fuchsner, kath.

Waldstraße 16. — Maier Joseph Müller, kath., Kornstraße 17, mit Pauline Zendeckel, ev., Freiburgerstraße 42. — Banarbeiter Emil Pfeiffer, ev., Kronprinzenstraße 11, mit Martha Brinschwig, kath., Pöschstraße 67. — Schuhmacher Carl Döppe, kath., Schillerstraße 4, mit Emma Pohl, ev., Victoriastraße 12/14.

**Versammlungen und Vereine.**  
**Breslau.**  
**Gewerkschaftshaus.**  
 Sonnabend, den 23. April.  
**Gefangenenverein Breslauer Himmerer.** Stiftungsfest.  
 Sonntag, den 24. April:  
 Metallarbeiter. Vormittag 10 1/2 Uhr im großen Saal.  
 Allgemeine Arbeiter-Versammlung. Vormittag 11 Uhr.  
 Himmerer Nr. 1.  
**Öffentliche Kapazitäten-Versammlung.** Vortrag des Nebaltens Wehrlein. Vormittag 1/2 11 Uhr. Himmerer Nr. 2.  
**Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Bezirks:**  
 Distrikt V (Scheidnig).  
 Am Sonntag: Volkswachtagung von 7 Uhr ab und Ausgabe der Mal-Programme.  
 Distrikt VII (Innere Stadt).  
 Bezirk 103. Jeden Sonnabend: Kassenabend im alten Polat.

**Hartlieb-Krieger.** Arbeiter-Radsfahrer-Verein „Vorwärts“. Sonnabend, den 23. April, Abends 8 Uhr: Vereinsversammlung bei Karl Schmidt. Der Vorstand.  
**Brieg.** Öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen Sonntag, den 24. April, Nachmittags 4 Uhr im „Goldenen Anker“, Nahrungsmittel-Tagesordnung: Die Rolle und indirekten Steuern und ihre Einwirkung auf die Lebenslage des Volkes. Referent: Buchdrucker Paul Löbe-Breslau. Hierauf freie Aussprache. Gegner sind freundlich eingeladen. Entree: Männer 10 Pf., Frauen frei! Der Einrufer.  
**Striegau.** Arbeiter-Radsfahrer-Verein für Striegau, Nahrungsmittel-Tagesordnung. Sonntag Nachmittags 3 Uhr: Versammlung in der Bierhalle „Graben“. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es notwendig, daß sämtliche Mitglieder erscheinen. Der Vorstand.  
**Pilgramshain bei Striegau.** Sozialdemokratischer Arbeiter-Radsfahrer-Verein für Pilgramshain und Umgebung. Mitglieder-Versammlung Sonntag, den 24. April, Nachmittags 8 Uhr. Tagesordnung: Abrechnung vom 1. Quartal, Aufnahme neuer Mitglieder und Verkleidung. Der Vorstand.  
**Bawitsch.** Öffentliche Arbeiter-Versammlung. Sonntag, den 24. April, Nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal bei Herrn Bogersfeldt. Referent: Kollege J. K. H. Breslau. Zahlreicher Besuch ist dringend notwendig. Der Vorstand.

**Stadt-Theater.**  
 Freitag:  
 „Der fliegende Holländer“.  
 Sonnabend:  
 „Derobes und Marlamie“.  
 Sonntag Nachmittags 3 1/2 Uhr:  
 „Die lustigen Weiber von Windsor“.  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
 „Der Prophet“.

**Robe-Theater.**  
 Freitag:  
 „Saffensreich“.  
 Sonnabend:  
 „Der Haffensinder“.  
 Sonntag Nachmittags 3 1/2 Uhr:  
 „Die Geisha“.  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
 „Der Haffensinder“.

**Thalia-Theater.**  
 Sonntag Abend 7 1/2 Uhr:  
 „Noie Bernd“.  
 Villetverkauf Sonnabend von 10 bis 2 Uhr im Thalia-Theater.

**Dominikaner.**  
 Täglich:  
**Die Original Leipziger,**  
 Dir: Paul Belzer.  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 10 Pf.

**VICTORIA-THEATER**  
 Dir. Hugo Schreiber.  
 (Simmenauer).  
 Täglich:  
 Gr. Variété-Vorstellungen  
 mit  
 Renello-Bolnes,  
 die Könige der Luft  
 phänomenale Luftgymnastiker,  
 Leon Roche  
 und den übrigen Spezialitäten.  
 Im Vorverkauf:  
 Parkett 75, Reserv. 50 Pf.  
**Entree**  
**30 Pfennige 30**  
 nur an Wochentagen.

**Traugott Friedrich**  
 85 Friedrich-Wilhelmstr. 85  
 empfiehlt allen Bekannten und  
 Gönnern seine Papier- und  
 Schreibwaren-Geschäfte  
 sowie Zigarren und Zigaretten  
 in reicher Auswahl.  
 Bestes Fabrikat.  
 Papier-Wäsche von May & Collid.

**Genossen!**  
 Kauft eure [412]  
 Zigarren, Zigaretten,  
 Rauch-, Kau- u. Schnupf-  
 Tabake nur beim  
**Schwarzen Dreier.**  
 Hauptgeschäft: Wallstr. 21.  
 Fil.: Kupferstraße 50/51.  
 Geöffnet von früh 5 Uhr an.

**Strohüte**  
 für Herren, Damen u. Knaben  
 billig direkt in der Fabrik  
 Neue Graupenstraße 11, Hof,  
**Freund & Krebs.**

**Einer sagt dem Andern,**  
 was beim Einkauf direkt in der  
 Fabrik erspart wird. Schöne  
 Herren-Anzüge 10 1/2 Mt., Konfir-  
 manden-Anzüge 8 1/2 Mt., Elegante  
 Anzugsmasse 18 Mt. [567]  
 Anzugfabrik Wallstr. 17a, II.  
 Sonntag auch von 11-2.

**Arbeiter-Radsfahrer-Verein Breslau**  
 Sonntag, den 21. April:  
**Frühlings- und Sivalenort.**  
 Abfahrt früh 7 Uhr. Gneisenaupt.  
 785] J. M.: Der Vorstand.

**Der Beifall**  
 den unser  
**Märzengold**  
 allseitig gefunden hat,  
 veranlaßt uns, dieses  
**helle Märzener Bier**  
 bis Ende Mai cr.  
 zu führen.

**Hopf & Görcke**  
 Tel. 238, Gräbschen. Tel. 1921.  
 Best. weißer Farin Pfd. 18 Pf.  
 Hart-Zucker im Brot Pfd. 20 Pf.  
 Röh-Kaffee. [732]  
 sehr fein im Geschmack,  
 Pfd. 90, 100, 120, 140, 160 Pf.  
 Perl-Kaffee Pfd. 100 Pf.  
 Getreide-Kaffee Pfd. 12 Pf.  
 Malz-Kaffee Pfd. 25 Pf.  
 Türk. Pflaumen Pfd. 25 Pf.  
 Backobst, gemischt,  
 Pfd. 27 und 35 Pf.  
 Pflaumenmus Pfd. 25 Pf.  
 Zuckersirup Pfd. 15 Pf.  
 Honigsirup Pfd. 25 Pf.  
 Breslauer Korn Pfler 50 Pf.  
 Alter Rum Pfler 100 Pf.

**Th. Giersdorf**  
 Blücherstr. 21, am Wasserloopt.  
 Filialen: Hollestr. 1a,  
 Eaderstr. 9, Matthiasstr. 185,  
 Weinstr. 38, Gieschstr. 65.

**Soeben eingetroffen!**  
**Hohefeine**  
**Knaben- und Mädchen-**  
 sowie  
**Herren-Hüte**  
 außerdem [734]  
**große Posten**  
**Partie-Hüte**  
 für Wiederverkauf.  
**Neuschestrate 63.**

**Unterröcke**  
 Sportbillig. [736]  
**Albert Fuchs,**  
 Schweidnitzerstr. 49.

**Nähmaschinen-Reparateur,**  
 welcher schon längere Zeit in dieser Branche gearbeitet hat,  
 also etwas Erfahrung besitzt, wird per sofort gesucht.  
**Jul. Dressler & Co., Breslau, Ring 6.**

Vom 1. Juli d. J. ab soll bei den hiesigen freien  
 Gewerkschaften die Stelle eines  
**Gewerkschafts-Sekretärs**  
 mit einem Anfangsgehalt von 1800 Mt., steigend um jährlich  
 100 Mt. bis zur Maximalthöhe von 2000 Mt. eingerichtet werden.  
 Geeignete Bewerber, denen auch zur Pflicht gemacht wird,  
 sich in die Sekretariat-Geschäfte einzuarbeiten, wollen ihre Offerten  
 mit kurz gefaßter Erklärung der bisherigen Tätigkeit bis  
**Donnerstag, den 5. Mai,** an den Unterzeichneten unter  
 der Adresse: **Arbeiter-Sekretariat, Messergasse 18/19,**  
 und mit der Chiffre: **G. S.** einreichen. Bevorzugt werden  
 diejenigen Bewerber, die mit den hiesigen gewerkschaftlichen zc.  
 Verhältnissen vertraut sind. [738]  
 Breslau, den 22. April 1904.  
**Der Vorstand des Gewerkschafts-Kartells.**  
 J. M.: **Carl Wegner.**

**Bunzlau.**  
**Gasthof zu den „Drei Kronen“.**  
 Sonntag, den 24. April 1904:  
**Grosse Ballmusik**  
 wozu ergebenst einladet.  
**H. Schulze.**  
 Sämtliche Lokalitäten sind renoviert.

**Gustav Reibstirn**  
 gegründet vor 30 Jahren,  
 empfiehlt sich bei vorkommenden Fällen einer  
 geneigten Beachtung.  
 Alle Reparaturen billig.  
**Friedrich-Wilhelmstr. 70.**

Zur jetzigen  
**Saison**  
 empfehle ich mein großes Lager in  
**Herren-, Damen- u. Kinderschuhen**  
 sowie meinen großen Vorrat von  
**gelben Schuhwaren**  
 in allen Façons.  
**H. Christmann,**  
 37, Scheitnigerstrasse, 37.

**Zu staunend billigen Preisen!**  
 kauft man das  
 eleganteste u. halt-  
 barste  
**Schuhwerk,**  
 sowie die denkbar  
 größte Auswahl in Strand-,  
 Turner- und Kinderschuhen,  
 zu streng realen Preisen  
 nur bei [560]  
**Robert Kretschmer,**  
 Schuhmachermeister,  
 Friedrich-Wilhelmstraße Nr. 62  
 gegenüber der Friedrich-Carlstr.

**Genossen**  
 kauft eure  
**Kohlen und Holz**  
 bei [565]  
**A. Bock, Hochstr. 16.**  
 Preise billigst.  
 Auf Wunsch frei ins Haus.  
**Knaben - Anzüge**  
 Gustav Knauerhase  
 Neumarkt 45, ptr. u. X. [725]

**Maurer, Zimmerleute, Arbeiter!**  
 Empfehle vorzügliche Arbeiterkonfektion als:  
 Anz. Lederhosen, Zeughosen, Mauerhosen und  
 Mauerblusen, sowie sämtliche Berufskleidung.  
**Eugen Hamburger**  
 677 Bohrauerstraße 25, Ecke Nachodstraße.

**Oderstr. 22. Spottbillig Oderstr. 22.**  
 Schränke, Vertikows, jede Sorte Bettstellen, Spiegel,  
 Polsterwaren und Küchenmöbel, neu und gebraucht,  
 für Gebrauchte zahle höchste Preise.  
**H. Gerstel, Oderstr. 22**  
 gerichtlich vereideter Taxator. [393]

**Wichtig für Hausfrauen!**  
**Röst-Kaffee**  
 in vorzüglich zusammengestellten Spezialitäten  
 à Pfd. von 80 Pf. bis 1,50 Mk.,  
 sowie sämtliche Kolonialwaren liefert zu  
 auffallend billigen Preisen die  
**Kaffee-Rösterei**  
**Benno Neumann**  
 Zentrale: Friedrich-Wilhelmstrasse 32.  
 Filiale I: Friedrich-Wilhelmstrasse 84.  
 „ II: Goldene Radogasse 1.  
 „ III: Gräbschenerstrasse 32.  
 „ IV: Pöpelwitzstrasse 35. [508]

**Achtung!**  
**Uhren und Goldwaren**  
 in bekannter Güte zu außergewöhnlich billigen  
 Preisen unter mehrjähriger Garantie  
**Albert Möwius, Uhrmacher**  
 Uhren- und Goldwaren-Kaufhaus  
 Kupferstraße. Eckhaus Schmiedebrikke 56  
 zu den 2 elektrischen Straßenuhren.  
 Vom Ringe aus linke Seite. [288]  
 Nach Armano's Preisliste mit Abbildungen gratis u. franco.

**Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!**  
 Die  
**Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft**  
 G. G. m. b. H.  
 Büttnerstr. 7, 2. Boden von der Ecke Nikolaistraße  
 Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 93  
 empfiehlt ihr großes Lager in  
**Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.**  
 Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Werkstatt aufmerksam.  
 Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
 Der Vorstand.  
 592 **Paul Thater, Paul Lange.**

**Kein Schwindel! Bitte ausschneiden! Streng reell!**  
**Wichtig für Möbelkäufer!**  
 Schrank, 2-türig . . . v. 32 Mt. an  
 Vertikow . . . 30 - -  
 Spiegel mit Schränkchen . . . 30 - -  
 Bettstellen mit Matratze . . . 25 - -  
 und sämtliche anderen Ausstattungsstücke vom einfachsten bis elegantesten. Ich kann mit  
 jedem konkurrieren, da ich Möbel, Spiegel etc. selbst fabriziere. Langjährige Garantie.  
**J. Zwolanowski, Tischlermeister,** [591]  
 Matthiasstrasse 110, vis-à-vis der Kreuzburgerstrasse.

Am 1. Mai

demonstriert das Proletariat für den Achtstundentag und den Völkerrfrieden! Am 1. Mai wird protestiert gegen die schrankenlose Ausbeutung, gegen den Militarismus und Völkermord! Gerade in diesen Tagen des blutigen Völkergemeinheits in Ostasien muß das Proletariat seine Stimme mit doppelter Kraft erheben!

Der 1. Mai fällt diesmal auf einen Sonntag! Das Schwingen der Hungerpeitsche kann also diesmal keinen Proletarier abhalten, sich an der großen Kundgebung für die Klassenforderungen des Proletariats zu beteiligen! Agitiere daher jeder für massenhafte Beteiligung an den Mai-Veranstaltungen.

Küßt zum Fest!

Deutscher Reichstag.

72. Sitzung: Donnerstag, den 21. April 1904, 1 Uhr. Am Bundesratliche: v. Einem. Die zweite Beratung des Etats für die Expedition nach Ostasien wird fortgesetzt. Bei dem Titel

Geldverpflegung der Truppen

beantworte die Abgg. Dr. Spahn (Centr.), Paasche (natl.) und v. Normann (kons.) gegenüber dem Reichsminister, welcher nach 22. September d. J. bewilligen will, die Verpflegung der Regimentsvorlage.

Kriegsminister v. Einem

danke den Antragstellern für ihren Antrag, durch welchen die Verträge in den Stand gesetzt werden ist, ihren Dienst so zu tun, wie es notwendig ist. Die Kommission hat weiterhin erhebliche Schwierigkeiten bei der Ausführung vorgenommen. Aber der bisherige Leiter des dortigen Dienstes hat eine Erklärung zu Protokoll gegeben, wonach er die Ausführung der Verträge für ein dringendes Bedürfnis hält. Die Kommission wird sich für die Verpflegung und jeden Tag bezahlt werden, weil sie sonst nichts zu essen haben. Das Geld muß daher täglich verrecknet werden. Ich bitte dringend um Bewilligung dieser Forderung. — Herr Dr. Spahn hat es gefordert für bedenklich erklärt, zu gestatten, daß die Offiziere und Beamten ihre Familien nach China mitnehmen. Demgegenüber erinnere ich daran, daß auch Kaiser Wilhelm I. im Jahre 1871 den Offizieren und Unteroffizieren unserer Ostasienarmee erlaubte, ihre Familien heranzuführen. Außerdem handelt es sich in China um Freiwillige, denen das Familienleben im fremden Lande wohl zu gehen ist. Nebenbei haben nur 4 Offiziere und 5 Beamte von dieser Erlaubnis Gebrauch gemacht.

Abg. Dr. Siedekum (Soz.): Die Ausführungen des Kriegsministers haben mich nicht von der Unrichtigkeit meiner gestrigen Darlegungen überzeugt. Aber die Trennung von seiner Familie nicht auszuhalten kann, soll sich eben nicht nach China melden. Gegenüber der Reminiscenz des Kriegsministers verweise ich auf Kōbi-bach, wo das französische Heer geschlagen wurde. Dort hat sich evident gezeigt, wie unvorteilhaft es für ein Heer ist, einen großen Trupp mit sich zu führen. Außerdem würde durch die Überführung der Familien der Etat der Bauverwaltung in Ostasien noch höher anschwellen, als bisher; denn es muß doch auch für die Unterkunft dieser Familien gesorgt werden. Unser Vorschlag gegen diese Überführung ist also durchaus angebracht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Einem betont, daß die verheirateten Offiziere kein Quartier auf Staatskosten für ihre Familien erhalten.

Abg. v. Karborff (Ab.): Ich habe die geschichtlichen Kenntnisse des Herrn Dr. Siedekum doch höher eingeschätzt. Er führte die Niederlage der Franzosen bei Nohbach auf ihren großen Trupp zurück. Nun, ein großes Damenpersonal war ja dabei, aber das gerade als Familie zu bezeichnen, das würde ich nicht tun. (Große Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion. Die Anträge Spahn (Centr.), Paasche (natl.) und v. Normann (kons.) werden angenommen. Beim Titel Bekleidung und Ausrüstung der Truppen hat die Kommission insgesamt 180,486 M. abgelehnt. Abgeordneter v. Normann (kons.) beantragt, 8571 M. weniger abzugeben. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten und Na-

tionalliberalen abgelehnt. Bei der Abstimmung wird von der Rechten dem stehbleibenden Zentrum zugerufen: Es ist ja Ihr Antrag! Herr Dr. Spahn schließt den Kopf und das Zentrum bleibt stumm. (Heiterkeit links.) Die Kommissionsbeschlüsse werden angenommen. — Der Rest des Etats wird nach kurzer Debatte im wesentlichen nach den Kommissions-Beschlüssen angenommen.

Es folgt die sozialdemokratische Interpellation wegen der Stilllegung der Kohlenruben im Ruhrrevier.

Der Reichskanzler wird darin unter Hinweis auf die Arbeitslosigkeit der Arbeiter und die Existenzvernichtung von Bauern, Handwerker und Geschäftsleuten jener Gegend gefragt, welche Maßnahmen er zu ergreifen gedenkt.

Staatssekretär Graf Posadowsky

erklärt: Der Reichskanzler lehnt die Verantwortung ab, weil etwaige Maßregeln nur auf Grund des preussischen Vergesetzes in seiner jetzigen oder zukünftigen Form ergriffen werden und Maßregeln gegen die sozialpolitischen Folgen nur Sache der zuständigen Landesregierungen sein könnten.

Auf Antrag Singer wird die Besprechung beschlossen, für die Besprechung stimmen einige Nationalliberale und Zentrumsgesandte. Graf Posadowsky und die anderen Minister verlassen den Saal.

Abg. Gué (Soz.):

Die Antwort des Ministers Müller im preussischen Abgeordnetenhause hat die Erregung im Ruhrrevier eher noch gesteigert. Die heutige Antwort des Reichskanzlers wird die Sympathien für die Regierung im Ruhrrevier nicht vermehren. Die kann er behaupten, daß hier keine Reichsfrage vorliegt? Die Stilllegung der Ruben ist ja nichts anderes als eine Folge der modernen Syndikalpolitik, und mit ihr befaßt sich der Reichstag durch die angeordnete Enquete über die Kartelle. Hat die Reichsregierung nicht mehr die Macht, dem Kohlenyndikat gegenüber die Kleinbürger, Bauern und Arbeiter zu beschützen? Es handelt sich hier nicht um einen natürlichen Vorgang. Auch in früheren Jahren sind Ruben im Ruhrrevier stillgelegt worden, weil sie keinen Ertrag mehr gaben, ohne daß eine große Aufregung entstand. Hier aber haben wir es mit einem gewalttätigen Akt der Syndikalpolitik zu tun. Es sind an und nicht in erster Linie Arbeiter herangezogen, sondern kleine Bürger, der sogenannte Mittelstand, mit Amtsvorstehern und Landräten an der Spitze, die durch die Stilllegung der Ruben schwer geschädigt werden. Es ist falsch, wenn behauptet wird, die Ruben würden stillgelegt, weil der Betrieb unrentabel sei, und sie wären, wenn das Syndikat nicht bestände, noch früher außer Betrieb gesetzt worden. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Mehrere berufen sich auf die Vergaberechte. Die Erneuerung des Syndikatvertrags hat die Ruben zu der Maßnahme veranlaßt. Die großen Ruben kaufen die kleinen Ruben auf und setzen sie still, um ihre Produktionskosten zu erhöhen.

Wir begreifen gewiß jeden wirtschaftlichen Vorzug auf das Festhalten und wenn die Stilllegung einer Grube einen Fortschritt für die Gesamtheit bedeutet, dann würden wir die ersten sein, die mit ihr einverstanden sind. Wir sind auch durchaus keine Feinde des Syndikats, wie ich in einem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ vor kurzem karikiert habe. Freilich ist es konstatieren, daß das Syndikat sich allmählich zu einem Syndikatvertrage herausgebildet hat. Wenn das Syndikat in der bisherigen Weise weiterarbeitet, so ist gar nicht abzusehen, warum es nicht alle Ruben im südlichen Ruhrrevier stilllegt, da es ja den ganzen Bedarf aus den nördlichen Gruben allein liefern kann. All die kleinen Ruben im südlichen Gebiet wären schon längst stillgelegt, wenn den Herren nicht aus Angst vor den bestehenden Paragrafenverhandlungen das Herz gekehrt hätte. Nach der Anschauung des Verwalters Engel, des Geschäftsführers des Bergbauvereins, darf der Staat selbst dann nicht auf Grund des § 65 des Vergesetzes einschreiten, wenn alle südlichen Gruben stillgelegt wären, denn ein Kohlenmangel tritt dadurch nicht ein. Herr Müller teilt freilich diese enge Auffassung des § 65 nicht. Im Syndikat haben die 16 großen nördlichen Gruben allein die Majorität. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Die kleinen Kapitalisten im Ruhrbergbau haben nichts zu sagen. Die kleinen Besitzer werden unter Anwendung von allerhand Machinationen durch große allmählich aufgekauft. Ein Flugblatt wirkt den großen Besitzern geradezu Verzug vor, ohne daß Anlage erfolgt wäre. (Hört, hört! bei den Soz.) Durch allerhand Kunstgriffe wird den kleinen Besitzern der Aktienbesitz verehelt. Herr Hilbert hat im Abgeordnetenhause behauptet, die laufenden Ruben hätten gar keinen Nutzen davon gehabt. Ein merkwürdiger Geschäftsmann, der Geschäfte macht, von denen er von vornherein weiß, daß dabei nichts zu verdienen ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) So dumme sind unsere Grubenbesitzer nicht. In einem

Vericht der Zeche „Concordia“, die 1902 Zechen kaufte und sofort stilllegte, wird übrigens der Kauf als durchaus vorteilhaft bezeichnet. Eine andere Zeche rechnete sich einen um 400,000 M. erhöhten Verdienst jährlich aus diesen Kaufzinsen heraus. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Hilbert hat im Landtag von Herrn Sibel verlangt, er solle doch einem einzigen Arbeiter, der durch Stilllegung der Ruben arbeitslos geworden wäre, auf den Tisch des Hauses niederlegen. Tadel hat der allgemeine Knappschaftsverband einen vertraulichen Erlaß an die Zeche gerichtet, worin sie zur strengeren Kontrolle der Kranken aufgefordert werden, weil von den Leuten, die infolge der Stilllegung der Ruben arbeitslos geworden wären, Simulation zu befürchten sei. (Hört, hört! bei den Sozialdem.)

Herr Hilbert ist so wenig orientiert, daß er im Reichstag seiner Zeit erklären konnte, der erkrankte Bergmann bestimme 1/4 seines Lohnes als Krankengeld. Dabei sind es nur 50 Proz. (Hört, hört!) Selbst über die geographische Lage der stillgelegten Zechen befindet sich Herr Hilbert im Unklaren. Er darf nicht verlangen, noch ernst genommen zu werden. Herr Müller sprach von einer Theaterpolitik im Ruhrrevier. Es sind ja bloß 32 Zechen mit einer 20,000 Arbeiter bis jetzt stillgelegt! Nur 20,000 Arbeiter verlieren ihre Arbeitsstätte! (Hört, hört! bei den Soz.) Ohne diese Theaterpolitik d. h. den Entlassungssturm im Ruhrrevier wären jetzt noch mehr Zechen stillgelegt. Hat die Aufregung sich gelegt, dann wird die Stilllegung unter der Hand weiter vor sich gehen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Stilllegung wird mit der Unrentabilität verteidigt; aber die stillgelegte Zeche Eiberg gab durchschnittlich 7,8 Proz. Zinsende. (Hört, hört! bei den Soz.) Sollte ich das nur von meinem Kapital! meine ein Gutsbesitzer zu mir. (Hört, hört! recht.) Für die Zeche Steingart hat die arme Gemeinde Altdorf vor kurzen erst ihre Schulden um 20,000 M. erhöht (Hört, hört!), und jetzt wird die Zeche stillgelegt. Wo bleiben die Beschäftigten Leute, die Bauern, die sich auf den Anbau von Gemüse eingerichtet haben. Was ist eigentlich nach Syndikalanschauungen rentabel? Als die Zeche Ehrenberg 1900 nur 75 Prozent verteilte, klagte ein Aktionär über die hohen Arbeitslöhne. (Hört, hört! bei den Soz.) Es wurden durchaus nicht etwa Ruben mit abgebauten Flächen stillgelegt. Wir haben da als Mitglieder des deutschen Volkes die Verpflichtung, zu verhindern, daß durch die Syndikalpolitik nationale Schätze an Kohlen vergebend oder verloren werden. Eine ähnliche Entwicklung haben wir beim Kalifundat und beim Stahlwerksverband zu befürchten, der dasselbe Gesellschaftsstatut wie das Kohlenyndikat besitzt und Eigentümer von Kohlen- und Erzgruben ist. Eines guten Tages werden die Herren vom Stahlwerksverband ihre Betriebe dorthin verlegen, wo sie ergiebige Kohlen- und Erzgruben finden, und ganze Landstriche veröden lassen. Die Empörung über das Kohlenyndikat ist im Ruhrrevier ganz allgemein. Das spiegelt sich wieder in den Meinungen der dortigen Nationalliberalen und ultramontanen Presse. Gerade die Kleinbürger und Geschäftsleute sind es, die die Arbeiter scharf machen. Vom Parteipunkt aus könnten wir damit ja sehr zufrieden sein, wir brauchen uns keine Mühe mehr zu geben, um die Leute aufzurütteln.

Wir erblicken prinzipiell das Bestimmte gegenüber diesen Verhältnissen in der Verstaatlichung der Erbschätze wie aller Produktionsmittel überhaupt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber darum handelt es sich hier nicht. Es handelt sich vielmehr hier um die Rettung unserer Volkswirtschaft vor dem Verderben drohenden Naturereignisse. Wenn freilich Reich und Reichstag den kapitalistischen Großmenschentum gegenüber machtlos hinstehen, dann wird die Hebung von der Notwendigkeit der Verstaatlichung der Produktionsmittel immer weitere Kreise ergreifen. Ich bitte alle Parteien des Hauses, für unsern Antrag einzutreten. Dann wird die Regierung schon Mittel und Wege finden, der Ausbeutungspolitik des Syndikats und der Vernichtung nationaler Schätze entgegenzuwirken. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Graf Kanitz (kons.):

Unbedingt hat hier auch das Reich ein Wort mitzureden. (Selbstverständlich! bei den Soz.) Trotzdem haben wir im Anschluß an die Begründung des Grafen Posadowsky gegen die Besprechung gestimmt. Würde das Reich die Ruben verstaatlichen, so würden uns Preise abgefordert werden, daß den Bestürmten der Verstaatlichung die Augen übergehen müßten. Der Schlüssel des ganzen Geheimnisses liegt darin, daß eine ganze Reihe von Zechen seit Jahren mit Verlust gearbeitet haben. Die Zechen suchen nach Möglichkeit die Förderung zu erhöhen, um mehr Reingewinn zu erzielen; vom Standpunkt des Spielers der freien Kräfte läßt sich nichts dagegen sagen. Andererseits müssen freilich auch die sozialen Gesichtspunkte betrachtet werden. Es wird schwer sein, die richtige Mitte zwischen den zur Abhilfe vorzuschlagenden Maßregeln zu finden. Die Uebernahme verlassener Bergwerke auf den Staat, dürfte sich kaum empfehlen. Daran, daß das Reich sich Stimmen in den Syndikatsstimmungen sichert, verspreche

Aus aller Welt.

Elf minder schwere Fälle — sechs Wochen Mittelarrest. Der Unteroffizier Paul Zimmermann von der 12. Kompanie Regiment Nr. 94 in Jena hatte sich am Dienstag vor dem Kriegsgericht der 88. Division in Erfurt wegen Soldatenmißhandlung in elf Fällen zu verantworten. Der Angeklagte scheint an Gedächtnisschwäche zu leiden, denn er will sich auf die ihm zur Last gelegten Fälle nicht genau entsinnen können und in den Fällen, wo er sich befinden kann, wollte er durch die Mißhandlung den Geschlagenen Schmerzen nicht verursachen. In einem Falle ließ er beim Stiefelappell einem Rekruten die Stiefeln ins Gesicht, daß ihm die Augen überliefen; demselben Manne gab er mindestens vier Ohrfeigen, die „nicht sehr weh taten“. Einem anderen gab er eine Ohrfeige, die „etwas brannte“. Der dritte Soldat erhielt zwei Schläge auf den Kopf und eine Ohrfeige, die ebenfalls brannte. In vierten Falle wurde einem Rekruten der Helm verpaßt, daß ihm der Kopf weh tat. Weiter erhielt dieser Mann zwei mal Faustschläge in den Rücken, weil die Binde hinten zu weit vorgrudete und zum Schluß Schläge mit dem Stiefelstachel, was gleichfalls „nicht sehr weh tat“. Wunderbarerweise stellen die Mißhandlungen und auch andere Zeugen den Angeklagten als einen guten Unteroffizier hin, der im Dienste sehr streng sei, in der dienstfreien Zeit aber mit ihnen Karten spiele, damit die Zeit vergeht. Der Vertreter der Anklage findet, daß elf minderschwere Fälle vorliegen, wovon zehn im Dienst begangen sind. Er beantragt sechs Wochen Mittelarrest und das Gericht erkennt demgemäß. Von einer Degradation wurde Abstand genommen, weil der Angeklagte sich im Diensteser zu diesen Mißhandlungen habe hinreissen lassen.

Infolge einer Kollision gesunken ist im Kattegat der norwegische Dampfer „Gries“, mit einer Ladung Kohlen von Swantea nach Stettin bestimmt. Die 16 Mann starke Besatzung soll ertrunken sein.

Ein Opfer seiner Waghalsigkeit ist am vergangenen Sonntag ein junger Arzt aus Gießen geworden. Er kletterte bei Thale an den steilen Felsabhängungen am rechten Ufer in der Nähe des Vobelssees herum und stürzte etwa 40 Meter tief ab. Unmittelbar am Uferufer blieb er liegen und klammerte sich krampfhaft an einen Baumstumpf, um nicht in das Wasser zu stürzen. Wunderbarerweise waren die Verletzungen des Abgestürzten nicht bedeutend. Er kam, wie die „Magdeburger“ berichtet, mit einigen Kopfverwundungen und einer Handverrenkung davon. Am selben Tage ist im Vobelssee ein Lehrling aus Thale abgestürzt, der sich den Arm brach.

Durch Fahrlässigkeit der Waldwächter ist es in letzter Zeit mehrfach zu umfangreichen Waldbränden gekommen. So ist im Rabiner Wald durch einen weggeworfenen brennenden Zigarettenstummel ein Feuer entstanden, das zum Glück rechtzeitig be-

merkt wurde, so daß nur etwa ein Morgen Schonung vernichtet worden ist.

Infolge des Genußes vergifteter Bohnen ist in Reiden bei Torgau der Lehrer Schirmer gestorben. Es handelt sich um eine einjährige Bohnen, vor deren Genuß die Wirtschafterin, da sie einen schlechten Geruch verbreiteten, eindringlich warnte. Trotzdem aß Schirmer davon. Er verlor bald Schmerzen und verschied trotz ärztlicher Hilfe.

Wieder einer! Der Pfarrer Hoffhard von Hochemmerich hatte an Sonntagschülerinnen in über 20 Fällen unzüchtige Handlungen vorgenommen. Vom Landgericht Klee wurde er zu drei Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren verurteilt.

Die Ratte im Kinderwagen. Aus Dörfelbe in Westfalen berichtet die „Glocke“: Das in einem Kinderwagen schlafende Töchterchen des Wirtes Lukas fing plötzlich an zu schreien, so daß die besorgte Mutter schleunigst herbeieilte. Als sie das Kind aus dem Wagen hob, sprang gleichzeitig eine Ratte heraus, und es ergab sich, daß das elterliche Ragetier dem Kinde bereits einen Finger abgefressen hatte.

Ein trauriges Familien drama hat sich in Rosenau (Kreis Elbing) abgepielt. Der einzige Sohn des Lehrers B., der in Preußen ein Geschäft hatte, geriet in Vermögensverfall. Die Eltern, welche das Geld zur Begründung des Geschäftes gegeben hatten, gaben nach und nach ihr ganzes Vermögen hin, um das Geschäft des Sohnes zu halten, was leider nicht möglich war. Da sich der Sohn auch noch Verschuldungen hatte zu schulden kommen lassen, gerieten die Eltern, und namentlich die Mutter, in die größte Verlegenheit. Die Mutter erkrankte sich, nachdem sie zuvor ihren Mann vergeblich zum gemeinschaftlichen Selbstmorde zu überreden versucht hatte. Durch dieses Vorwommis geriet B. nun in solche Gemütsstimmung, daß er in seiner Verzweiflung zum Revolver griff und sich eine Kugel in den Kopf jagte. Die Kugel ist indes nicht ins Gehirn gedrungen, sondern in der Stirnhöhle festgeblieben. Der Schuß war nicht tödlich. B. ist in das Krankenhaus in Liegnitz gebracht. Das traurige Schicksal der Lehrersfamilie erweckt allgemeine Teilnahme.

Dom Vater ermordet. Eine entsetzliche Tat ereignete sich, in Frankfurt a. M. Die Familie des Händlers Gustav Bender besteht aus Vater, Mutter, drei Mädchen von dreizehn Jahren, zwei Söhnen und sechs Wochen und aus einem Sohn von sechs Jahren. Die Nachbarn hörten plötzlich furchterliches Schreien. Frau Bender rief: „Du Missethäter, ich bin geschossen, meine armen Kinder!“ In demselben Augenblick kam sie aus der Wohnung herausgestürzt mit den beiden ältesten Kindern Elise und Gustav. Mutter und Sohn bluteten, das Mädchen war nicht verletzt. Die Hausbewohner riefen, Polizei zu holen. Als man endlich mit einem Schutzmännchen eintraf, fand man die beiden jüngsten Kinder, Anna und Sophie, tot. Der Vater hatte ihnen in der Zwischenzeit die Hälse durchgeschnitten.

Frau Bender hat drei Stiche im linken Oberarm davongetragen. Ihre ihr Leben besteht keine Gefahr; dagegen ist der Knabe, der starken Blutverlust hatte, schwer verletzt. Das älteste Mädchen kam ohne Verletzungen davon. Der Täter wurde verhaftet.

Wassermord. Eine blutige Familientragödie hat sich Donnerstags Vormittag in der Hohenstraße 17 in Berlin abgespielt. Der 17-jährige geisteschwache Willy Hering tötete seinen am 20. Mai 1847 in Böhl, Kreis Pflz, geborenen Vater mit einem Beile und schloß sich dann mit dem Sterbenden in die Küche ein.

Infolge neuer Pockenfälle mußten zwei weitere Häuser in Bochum gesperrt werden. Insgesamt sind jetzt 45 Fälle festgestellt.

Autorexplosion. Bei einem Dampfboots-Ausflug, den die Hochpreis-Gesellschaft der Baroness von Schorlemer und des Barons von Fürstberg auf der Mosel veranstalteten, explodierte in der Nähe von Pöster beim Bollerbüschen der Blubbebehälter. Ein Matrose wurde schwer verletzt. Sämtliche Gäste blieben unversehrt, darunter Prinz Hiel Friedrich mit Gefolge.

Unter tragischen Umständen waghalsig wurde eine aus Dörfelbe stammende Musikschülerin, die sich in Berlin zur Geigenfächerin ausbildete. Sie verlor sich mit dem zu Besuch in Berlin weilenden Neffen ihrer Pensionswirtin, einem Hahnlechner, und teilte die Fremdenbotschaft telegraphisch ihrer in Leitmeritz in Böhmen wohnenden Mutter mit. Sie wunderte sich sehr, auf das Telegramm keine Antwort zu erhalten und fragte die Bekannten in Leitmeritz an. Die Antwort lautete: Mutter 7. April beerdigt. Das arme Mädchen mußte in eine Nervenklinik gebracht werden.

Ein Konsumverein der Wohlhabenden. Der Erste Vize-Konsumverein, dem durchweg wohlhabende Leute, die bis in die höchsten Kreise hinauf reichen, angehören, zählte 1873 729 Mitglieder und im Jahre 1902 37,594 und hatte 1902 einen Umsatz von 10,620,450 M. Dieser Verein besitzt eine eigene Bäckerei mit den modernsten Einrichtungen, große Weinellerei, eine Gewürzmühle, Kohlenlager, die Fabrikation von Feigenkaffee, Kaffeebrennerei (Röststoffe) usw. Die Löhne des beschäftigten Personals außer einigen höheren Beamten stehen leider nicht im Einklang mit dieser Entwicklung.

Literatur.

Die neue Frauenrecht. Mitteilungen der Freien Vereinigung für Verbesserung der Frauenkleidung, redigiert und herausgegeben von Ella Raw in Dresden. Verlag von Georg D. W. Callway in München. Monatlich ein Heft. Preis für das Halbjahr 1.50 M. Inhalt des lebendigen Heftes: Dr. N. Smoboda, Halbe Reform. — Ella Raw, Einblicke und Ausblicke. — Kleid von M. Niemannschmidt. — Kleid mit Ueberwurf. — Bedruckte Paant-Bluse. — Ist das Reformkleid praktisch? — Ausstellungen. — Vereinsnachrichten. — Briefkasten.

Breslau, den 22. April.

**\* Der oberschlesische Landrat und die Gemeindevwahl.** In mehreren Orten des oberschlesischen Industriebezirks siegten bei den jüngsten Gemeindevwahlen die polnischen Kandidaten über ihre deutschen Gegner. Die Wahl der polnischen Gemeindevorteiler in Chropaczow wurde nun vom Landrat in Weuthen für ungültig erklärt, da dieselben nach der Meinung des Landrats so ungenügend deutsch sprechen, daß sie ihre amtlichen Funktionen nicht genügend ausüben können. Auch in anderen Orten soll in gleicher Weise gegen die polnischen Gemeindevorteiler vorgegangen werden. So marschieren die Deutschen in den Ostmarken von Sieg zu Sieg.

**\* Auch ein Majestätsbeleidiger!** Als Beleidiger der Majestät des deutschen Kaisers mußte sich dieser Tage der halb unzurechnungsfähige Professionsbetrieber Traugott Wunschl vor dem Landgericht in Weuthen verantworten. Er sollte die Beleidigung in einer Schnapschenke ausgestoßen haben. Der Gerichtsarzt erklärte den Armen für geistig nicht ganz normal, das Gericht verurteilte ihn aber zu zwei Monaten Gefängnis, weil er als unzurechnungsfähig nach § 51 des Strafgesetzbuchs nicht anzusehen sei.

**\* Deutscher Metallarbeiter-Verband.** Am Sonntag, den 21. April, Vormittags 10 1/2 Uhr findet eine allgemeine Mitglieder-Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses statt. Kollege Schlegel referiert über das Thema: „Die Ursachen der Betriebsunfälle und deren mögliche Verhütung mit besonderer Bezugnahme auf die ständige Anwesenheit der Arbeiter in den Werkstätten“. Außerdem wird der Kassen- und Geschäftsbericht vom 1. Quartal und die Abrechnung vom Maschinenbau erörtert. Der ebenfalls wichtige Tagesordnungspunkt ist zahlreiches und vielfältiges Geschehen. Täglich passieren Unfälle und nicht zuletzt sind die Ursachen in den mangelhaften Schutzvorrichtungen zu suchen. Obwohl eine Reihe von Einrichtungen zur Verhütung der Unfälle vorhanden sind, finden diese Einrichtungen nur in geringem Maße Anwendung. Sei es, daß der Unternehmer sich um die Unfallvorschriften nicht kümmert, sei es, daß er, der Unternehmer, solche Einrichtungen für überflüssig hält. Die Metallarbeiter aber, die täglich die Dyer auf dem Schlachtfelde der Arbeit fallen sehen, sollten energischer wie bisher die Beachtung der Unfallvorschriften und die Benutzung besagter Vorrichtungen verlangen. Insbesondere soll aber den Kollegen darauf hingewiesen werden, was heute bereits alles an Schutzvorrichtungen zur Verhütung von Unfällen vorhanden ist.

**\* Städtischer Arbeitsnachweis.** Frequenz in der Woche vom 11. April bis 16. April: a) Männer: Angebotene Arbeitskräfte 820. In besetzende Stellen 112. Besetzte Stellen 94. b) Frauen: Angebotene Arbeitskräfte 120. In besetzende Stellen 76. Besetzte Stellen 142.

**\* Zwei Leichen gefunden.** Am 20. d. M., Vormittags, wurde bei der Sandseife eine stark verweste männliche Leiche aus der Erde gezogen. Der Entsetzte dürfte im Alter von 45 Jahren gestanden haben und war mit dunklem Jackett, gelber Weste, gestreiftem Hemd und Schnürschuhen bekleidet. Er trug einen Leibrock mit einer Brille, die am Hinterkopf mit einer Schnur zusammengebunden war. Am demselben Tage wurde bei der Matthiaskirche die Leiche eines anscheinend älteren Mannes aus der Erde gezogen. Die Leiche war bereits in Verwesung übergegangen. Die Leichen wurden in die Anatomie gebracht. Angaben zu ihrer Identifizierung sind im Zimmer 60 des Polizeipräsidiums zu machen.

**\* Töblicher Unfall.** Ein neun Jahre alter Knabe schlug am 25. v. M. in dem Grundstück Hofstraße 3 mit dem Kopf an eine Wand, angeblich weil ihm ein Kutscher einen heftigen Schlag mit einer Pferdedecke versetzt hatte. Der Knabe erkrankte infolgedessen, so daß er in das Krankenhaus „Bethesda“ geschafft werden mußte, wo er am 15. d. M. gestorben ist.

**\* Unfälle.** Am 20. d. M., Vorm., wurde ein Kutscher auf dem Ledebund durch einen Ziegelwagen überfahren und erlitt Rippenbrüche, sowie andere schwere innere Verletzungen. Er wurde im Angerhospitale untergebracht. An demselben Tage geriet auf der Siebenhufenstraße ein 9 Jahre alter Knabe unter einen Ziegelwagen. Dem anscheinend nur leicht verletzten Knaben wurde durch Feuerwehrmannschaften Hilfe geleistet.

**\* Vermißt** wird seit dem 18. d. M. das 16 Jahre alte Mädchen Hedwig Kaufmann, Heinrichstraße 15. Das Mädchen ist mit schwarzgrünem Kleid, roter Schürze mit weißem Besatz und braunen Schuhen bekleidet. Der 17 Jahre alte Arbeitsschüler Paul Garsch, Kleine Scheitnigerstraße 2, wird ebenfalls seit dem 18. d. M. vermißt. Er trägt braunes Jaquet, schwarze Hose, weichen Hut und Stiefeln.

**\* Wer waren die Bestohlenen?** Ende Februar oder Anfang März 1903 soll einem Manne, namens Hoffmann, durch seinen Begleiter, mit welchem er sich auf der Friedrich-Wilhelmstraße, Ecke Neue Kirchstraße, in eine Kneipe gesetzt hatte und eingeschlafen war, ein Portemonnaie mit 10 bis 13 M. gestohlen worden sein. Auf den Leischäffern wurde einem Manne durch drei dem Arbeiterlande angehörende Männer eine Taschenuhr und Geld restlos. Da die beiden Bestohlenen nicht zu ermitteln sind, werden dieselben aufgefordert, sich im Zimmer 55 des Polizeipräsidiums zu melden.

**\* Selbstmord.** In der Nacht zum 20. d. Mts. hat sich ein 37 Jahre alter Dienstmann in seiner Wohnung auf der Gartenstraße erhängt.

**\* Alarmierung der Feuerwehr.** Am 20. d. Mts. Morgens schlug ein Dienstmädchen auf der Rosenthalerstraße die Scheibe eines Feuermelders ein und alarmierte die Feuerwehr, weil Pöckel 9 in der Küche ein Wasserfaß nicht angeschraubt und die Röhre durch das austretende Wasser überschweimt worden war.

**\* Gefährlich** wurden von einem Rollwagen zwei Fad Hantel und ein Hüpfball auf der Laurentienstraße zwei Pöckel, die der Dieb sofort geschlachtet hat. Ferner einem Studenten aus der Universität ein Fahrrad, Marke „Stabil“, und einem Arbeiter aus Sadowitz in einer Restauration am Berliner Plage eine silberne Remontoiruhr Nr. 8659.

**\* Verhaftet** wurden ein Barbiergehilfe und ein Bäckerlehrling wegen fortgesetzter Unterschlagung einlässlicher Geldbeträge.

**\* Politische Werdungen.** In das Polizeigefängnis wurden am 20. d. Mts. 27 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein goldener Ring mit rotem Stein, ein Kopfschiff, eine Anzahl Taschentücher und ein Trauring. — Abhanden kamen: eine Stahlperlenkette, eine Astenwaage, ein Schirm mit silbernem Griff und zwei Portemonnaies mit 10 und 23—24 M.

**Sirischberg.** 18. April. Mitgliederversammlung. Man schreibt uns: Am 17. April fand in der Andreaskirche zu Eunnersdorf eine öffentliche Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Sirischberg-Station statt.

Der Vorsitzende, Genosse Kamach, eröffnete die Versammlung um 7 1/2 Uhr und kritisierte dabei den schwachen Versammlungsbefuch. Dann sprach Genosse Dosty über die Sozialdemokratie und ihre Ziele. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. An der regen Diskussion beteiligte sich auch vom Voranschluß der Volkswacht Genosse Zimmer-Breslau, seine Ausführungen fanden vielen Beifall. Genosse Flazek beantragt, einen Berichtskatter für die Volkswacht und den Proletariat anzustellen, der Antrag wurde einstimmig angenommen. Dann gab der Kassierer, Genosse Gottwald, den Bericht vom ersten Quartal. Die Kassierer hatten die Abschreibung geprüft und für richtig be-

funden, worauf dem Kassierer in Absicht Weise Decharge erteilt wurde. Unter „Verschiedenes“ teilte Genosse Kamach mit, welche Uebergriffe sich in unserem Kreise unsere Gegner gegen uns erlaubten. So verlangte z. B. ein dortiger Postvorsteher von unserem Kolporteur die Namen unserer Abonnenten. Darauf beantragte Genosse Schischal, die Versammlungen monatlich abzuhalten, dieser Antrag wurde abgelehnt. Genosse Dosty stellte den Antrag, die Versammlungen Sonntag abends abzuhalten. Dieser Wunsch wurde dem Genossen Kamach überwiegen. Schließlich wurde noch über unsere Kolportage debattiert.

**Sirischberg, 20. April.** Wegen verurteilter Verleumdung zum Meisid ist der Arbeiter Julius Finger aus Eunnersdorf angeklagt. F. besaß selber ein Haus, lebte aber sehr oft mit seinen Mietern nicht im besten Einvernehmen. Es ist dieses Verhältnis auch schon mehrfach der Gegenstand von Strafprozessen gewesen. So hatte er im vorigen Frühjahr eines Abends die größten Schimpfworte gegen eine Mieterin gebraucht, mit der er einige Tage vorher einen Streit hatte. Es kam zu einer Privatklage. Zwei andere Mieter sollten als Zeugen vernommen werden und einer wurde auch vernommen. Vor der Verhandlung suchte nun F. diese beiden Zeugen wiederholt einzuschüchtern und zu einer für ihn günstigen, aber objektiv unrichtigen Aussage zu bewegen. Er erklärte, wenn die beiden Zeugen nicht zu seinen Gunsten ausliefen, würde es ihnen so gehen wie dem Arbeiter F. Finger war auf die Anzeige und die Klage des F. hin vor längerer Zeit von der hiesigen Strafkammer auch wegen verurteilter Verleumdung zum Meisid an einer längeren Haftstrafe verurteilt worden. Dasselbe Schicksal, das F. damals F. bereitet hat, ereilte heute F. selbst. Er wird für schuldig befunden und mit einem Jahr drei Monaten Haftstrafe und drei Jahren Ehrverlust bestraft. Zugleich wird F. sofort in Haft genommen. Als Verteidiger fungierte Rechtsanwalt Dr. Blasch.

**Reife, 17. April.** Das Koalitionsrecht und die Reiffer Polizeibehörde! Paragraph 152 der Gewerbeordnung gibt den gewerblichen Arbeitern das Recht, sich zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinigen. Das scheint auch die Reiffer Polizeibehörde zu wissen, denn sie stellt bei Anmeldung einer Versammlung ohne weiteres die Bescheinigung aus. Den Christlichen und Gleich-Dunder'schen legt sie auch beifolgende Lokale keine Hindernisse in den Weg, jedenfalls unter der Voraussetzung, daß diese Gewerkschaften selten oder nie ernstlich befehrt sind, die Lage ihrer Mitglieder zu verbessern. Anders ergeht es den freien Gewerkschaften. Vor kurzem war es den freien Gewerkschaften gelungen, ein anständiges Lokal, in welchem bislang fast nur Arbeiter verkehrten, zu Mitglieder-Versammlungen zu erhalten. Gleich nach der ersten Anmeldung erschienen bei dem Wirt des Lokals Polizeibeamte, um ihn darauf aufmerksam zu machen, daß er, wenn er die Versammlungen stattfinden lasse, ebenfalls Militärverbot über sein Lokal verhängt erhalten würde. Auch würde die Polizei ihm wegen der Polizeistunde auf die Finger sehen. Da der Wirt aber der Meinung war, wenn in seinem Lokal nichts Ungeheuerliches vorgehe, man ihm auch nichts anhaben könne, ließ er ruhig die Gewerkschaften weiter ihre Versammlungen bei ihm abhalten. Aber es sollte anders kommen. Am 29. März wurde über das Lokal Militärverbot verhängt, da aber dort fast gar kein Militär verkehrt, so mußten andere Mittel angewandt werden. Am 31. März, kurz vor den Osterfeiertagen, wurde dem Wirt die Polizeistunde von 12 Uhr auf 10 Uhr herabgesetzt. Da vom 1. April ab aber nur die „berühmten“ Damenkreise um 10 Uhr schließen müssen, glaubte der Wirt, es müsse ein Irrtum vorliegen. Er wurde aber von dem die Volkshaus überbringenden Polizeibeamten dahin belehrt, daß die Herabsetzung der Polizeistunde nur wegen der Gewerkschaften verhängt worden sei. Der Wirt resp. die Wirtin sich beim Polizei-Inspektor um Zurücknahme der Maßregel bemüht hatten, wurde ihm rundweg erklärt, wenn sie sich schriftlich erklären, daß sie keine „berühmte“ Versammlungen mehr stattfinden lassen, dann werde der Polizei-Inspektor ihr Gesuch auf Verlängerung der Polizeistunde unterstützen. Nachdem die Unterschrift geleistet, wurde die Maßregel vorläufig für die Osterfeiertage zurückgezogen. So geht die Polizeibehörde gegen die Arbeiterschaft vor, wenn sie von ihrem gesetzlich zustehenden Koalitionsrecht Gebrauch machen will. Die Arbeiter werden die nötigen Lehren daraus ziehen, vielleicht verkehren jetzt diejenigen Personen bei dem Wirt, die ihm den Schaden zugefügt haben. Zu alledem aber läßt die Behörde auch noch Gestimmungsschnifferei aus, sie erlaubt sich bei den Arbeitgebern, ob dieser oder jener organisiert Arbeiter Sozialdemokrat sei. Wir fragen, was hat sich die Polizei um die politische Gesinnung der Arbeiter zu kümmern? Da der Herr Oberbürgermeister von Reife den Ruf eines loyalen und unparteilichen gerechten Mannes besitzt, steht wohl zu hoffen, daß er die Handlungsweise der ihm unterstellten Polizeibehörde mißbilligen und nicht fernerehin dulden wird. Wir werden ihm diese Nummer zusehen und hoffen dann, daß er die Polizeibeamten entsprechend befehlen wird. Alle Stände vereinigen sich, die Großindustriellen zu Kartellen, die Fabrikanten in Unternehmerverbände, die Handwerker in Innungen, die Landwirte gründen eine Genossenschaft nach der anderen, um ihre Erzeugnisse im Preise zu erhöhen, die Bölle auf Lebensmittel werden immer höher geschraubt, alles auf Kosten der Arbeiter. Wehe aber dem Arbeiter, wenn er versucht, den erlittenen Schaden durch die Organisation wieder auszugleichen, dann werden ihm die kleinlichsten Hindernisse in den Weg gelegt. — Sollte eine Abstellung dieser Polizeibeherrschung nach dem heute geschilderten nicht eintreten, wissen wir was wir von diesen Sachen zu halten haben und werden uns entsprechend einzurichten wissen. Vorläufig hoffen wir aber noch, daß der Herr Oberbürgermeister einschreiten wird, denn wir können nicht glauben, daß er diese Polizeibeherrschung billigt!

**Reife, 19. April.** Deutschland in der Welt voran, so sagte doch Bülow im Reichstage. Aber so mancher in Deutschland Wohnende wird, sobald er an diesen Ausspruch denkt, von einem gelinden Grinsen befallen, und so wird es wohl auch dem Schumacher Josef Franzke von hier ergangen sein, als er sich vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Falschfärbung zu verantworten hatte. Derselbe war am 2. Januar d. J. in Pennekort (West-Schl.) bei seinen Eltern zu Besuch gewesen, die ihm ein Stück Preshwurst im Gewicht von 350 Gramm mit auf den Weg gaben. Als Franzke in die Nähe des hiesigen Schießhauses kam, wurde er von einem Polizeibeamten angehalten und da dieser das Stück Wurst bei ihm vorfand, machte er Anzeige wegen Falschfärbung. Trotzdem Franzke vor Gericht angeht, nicht gewußt zu haben, daß die Einfuhr von Wurst aus Oesterreich verboten sei, wurde er zu 30 M. Geldbuße verurteilt. — Arbeiter, welche ein Stück gelackte Wurst zur Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse über die Grenze tragen, müssen nach dem Stande der Felle mit 30 M. bestraft werden. Diejenigen, welche aber Laufende von Arbeitskräften aus dem Auslande beziehen und dadurch die inländischen Steuerzahler in ihrer Konsumtionsfähigkeit beschränken, nennt man Staatsflüchtler.

Ich mir bei der bisherigen willenslosen Falschfärbung Preupens gegenüber dem Syndikat (Sehr richtig! bei den Sozial.) keinen Erfolg. Die preussische Regierung hat das Syndikat erst groß gezogen. (Sehr richtig! bei den Sozial.) Vielleicht würde es sich empfehlen, die Eisenbahnlinie einer Revolution zu unterlegen. Ein besonderer Widerspruch der Syndikatsverwaltung liegt in den billigen Auslandsüberläufen; die Ausführungen hierüber in der Enquete über den Kohlenbergbau sind leider nicht in der Öffentlichkeit gelangt. Befürchtlich bekommen die Stahlwerke, die dem Bergbau nicht angehörend, keine Exportprämie. (Hört bei den Sozial: Terrorismus!) Ja, das ist das Spiel der freien Kräfte! Ich gebe zu, daß etwas geschehen muß. Wir wollen aber die Enquete abwarten, die nach den Ausführungen des Ministers Müller an Ort und Stelle vorgenommen werden soll, ehe wir weitere Vorschläge machen. (Bravo!)

**Abg. Dr. Bacher** (Zentrum) bezieht sich auf die Ausführungen seines Fraktionsgenossen Siegel im Landtag. § 65 des preussischen Verfassungsgesetzes muß dahin interpretiert werden, daß der Staat einzustellen kann, wenn das Stilllegen der Gruben derart die sozialpolitische Folgen zeitigt. Ferner müssen wir auf eine Beschränkung der Syndikatsgesetzgebung hinwirken, die durch das Gebahren der Syndikatsverwaltung dringlich empfohlen geworden ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es muß verhandelt werden, daß die Industrie des Auslands von den Syndikaten vor der einheimischen befreit wird. (Sehr richtig!)

**Abg. Dr. Cattelr** (nall.): Mein Freund Dr. Reumer hat nicht gesagt, daß nur 18 Rechen stillgelegt werden sollen. Ich frage mich, daß Herr Cattelr im Gegensaß zur künftigen Auslieferung der Sozialdemokratie für die Schaffung der Bevölkerung befreit. (Nachen bei den Sozial.) Rechen, die keine Erträge liefern, müssen selbstverständlich stillgelegt werden. Es kann sich nur darum handeln, die entstehenden Schäden zu mildern. Bei den übrigen Rechen darf allerdings der Betrieb nicht vorzeitig stillgelegt werden. In der Hochkonjunktur haben die großen Rechen im Gegensaß zu den kleinen häufig gewirkt. Sie haben ein übertriebenes Hinanfahen der Preise verhindert. Wir haben an sich die Möglichkeit, ein neues Vergesetz zu machen. Nur würde es den anerkannten Schäden nicht verhindern. Hoffentlich gelingt es, den Einfluß der preussischen Regierung, das Syndikat zum Einlenken zu bewegen. Der Staat, der den Eisenbahnverkehr in Kohlen in der Hand hält, hat die Wasmittel genug, um den Syndikat unzureichend zu machen. Eine gute Idee wird auch beim Syndikat guten Boden finden. Im Syndikatswesen sind gewisse Gefahren vorhanden, vor allem kann durch Vereinigung von Kohle und Eisen eine Waskombination entstehen, die auch das öffentliche Leben ungenügend beeinflussen kann. Obwohl ich für Verstaatlichung der Eisenbahnen war, frage ich doch Bedenken, an eine Verstaatlichung des Kohlenbergbaus zu geben, weil dadurch unser Volkleben immer mehr unterausgerichtet würde. Die Syndikatsleiter dienen ihren eigenen Interessen, wenn sie ihre außerordentliche Macht nur mit Maß gebrauchen. (Bravo! h. d. Hall.)

**Abg. Göttsch** (fr. Sp.): Da die Sozialdemokratie leider infolge des Wahlgesetzes nicht im Landtage vertreten ist, ist sie gezwungen, hier zu interpellieren, ein Grund mehr für uns, das angeordnete Wahlgesetz in Preußen zu ändern. Tatsächlich behandelt die Interpellation eine Landesfrage. Es steht fest, daß die Syndikatspolitik viele Gruben stilllegt, die noch eine Ausbeute ermöglichen. § 65 des Vergesetzes reicht hiergegen nicht aus. Konnt der Staat Gruben, die mit Zubehöre arbeiten, so kann er sie auch nicht rentabel machen. Die allgemeine Verstaatlichung des Kohlenbergbaus scheint mir wenig erwünscht. Das föderalistische Interesse würde dann ausfallend sein. Die von Herrn Bacher vorgeschlagenen Mittel scheinen mir ebenfalls wenig geeignet. Was soll man von einem Staatskommissar bei den Syndikaten erwarten, wenn der Minister die Weisheit des Kohlenyndikats so gerietelt hat? Das einzige Mittel gegen das Kohlenyndikat, das Erfolg verspricht, ist der Verkauf von Feldern im Ruhrrevier durch den Staat und eine veränderte Tarifpolitik. (Bravo! links.)

**Abg. Dr. Wiemer** (fr. Sp.): Der Reichstag ist für die vorliegende Frage zuständig, und die Regierung hätte sich an den Debatte beteiligen müssen, schon um Aufklärung zu geben, die durchaus notwendig ist. Denn die Angaben über die Stilllegung der Rechen sind noch heute durchaus schwankend. Hoffentlich arbeitet die Kommission des Herrn Müller gut und schnell. Die Debatte hat ergeben, daß Gruben stillgelegt werden sind, obwohl der Kohlenvorrat durchaus nicht erschöpft war. Gerade bei der Kanalvorlage ist darauf hingewiesen worden, daß der Kohlenvorrat im südlichen Ruhrrevier noch lange nicht erschöpft ist. An der Kolonialität trägt das Kohlenyndikat die Hauptlast, das von der Regierung gerachtet groß geschätzt worden ist. Hoffentlich wird die Regierung in Zukunft den Syndikaten strengster gegenüberstehen und die Interessen der Allgemeinheit mehr wahren. (Bravo! links.)

Hierauf verlegt das Haus die Fortsetzung der Debatte auf unbestimmte Zeit.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Kleinere Etats. Etat der Schutzgebiete. Schluß 7 Uhr.

### Im Abgeordnetenhaus

ist heute die zweite Lesung des Etats zu Ende gekommen, freilich bedurfte es zur Erreichung dieses Zieles noch einer Abendigung. Nachdem nämlich die gestern erfolglos gebliebene Abstimmung über die gehobenen Staatsanwaltschaften wiederholt und im Sinne der Kommissionsbeschlüsse ausgefallen war, kam der Etat des Finanzministeriums an die Reihe und es gab eine lange Generaldebatte, in der besonders über den schlechten Kurs der preussischen Konfols und die Ostmarkenzulagen gesprochen wurde. Die Redner der einzelnen Parteien gaben die verschiedensten Mittel und Mittelchen an, den Kurs der preussischen Staatspapiere wieder zu geben.

Gegen die Ostmarkenzulagen machte der polnische Abgeordnete v. Djiembowski längere Ausführungen. Er bezeichnede diese Zulagen als Korruptionsgelber und forderte damit die Herren v. Rheinbaben und Dr. Friedberg heraus, die beide die jetzige Polenpolitik und die preussischen Beamten in den polnischen Landesteilen lebhaft verteidigten. Schließlich hielt der konservative Abgeordnete v. Ritzing eine lange Rede, in der er um stärkere Staatsbeihilfen für seine Heimatproving Dnyruken plaidierte. Der Finanzminister machte ihm eine geistige Rechnung über die bisher schon geleisteten Staatsunterstützungen auf. Allein an Schulden erhält die Provinz Dnyruken ungefähr 1 Million Mark mehr, als von ihr an Einkommensteuer an die Staatskasse zufließt. Aber die Begehrlichkeit der Agrarier findet keine Grenze.

In der Abendigung stand der Bau der Kaiserpfalz in Posen im Mittelpunkt der Erörterungen.

### 1. General-Versammlung des Deutschen Steinarbeiter-Verbandes.

#### 3. Verhandlungstag.

Es stand zunächst ein Antrag zur Debatte, welcher forderte, daß die Umzugskosten, welche einem Gemahregelten entstehen, immer voll vom Verbande bezahlt werden.

Dieser Antrag wurde, nachdem sich der Vorstand sowie einige Delegierte dagegen gemandt hatten, abgelehnt.

Von mehreren Orten war der Antrag gestellt, eine weitere Beitragsklasse einzuführen, weil die Arbeiter in den Bruchgehäfen bei ihren niedrigen Löhnen mit den hohen Beiträgen nicht zu gewinnen sind.

Dieser Antrag wurde in namentlicher Abstimmung angenommen.

Es wurden 30, 35 und 40 M. Beitrag festgesetzt. Streikunterstützung 8 M., 10 M. und 12 M.

Die Anstellung von besoldeten Gauleitern wurde abgelehnt, ebenso die Anstellung eines vierten Beamten, ein Antrag, den der Vorstand gestellt hatte.